



Kinder und Jugendliche als Akteure in partizipativen Projekten

Warum Kommunen Kinder- und Jugendbeteiligung brauchen

Bachelor Arbeit im Studiengang
Angewandte Kindheitswissenschaften

1. Gutachterin: Prof. Dr. Beatrice Hungerland
2. Gutachterin: Maria Burkhardt

vorgelegt von :

Name : Christian Nikolov
Studiengang : Angewandte Kindheitswissenschaften
Matrikel Nr. : 2014 2332
Adresse : Körnerstr. 5 in 39218 Schönebeck
Kontakt : christian.nikolov@yahoo.com

Stendal, der 10.10.2017

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	2
2. Kinder und Jugendliche in der Gesellschaft.....	4
2.1. Vorstellungen von Kindheit.....	4
2.2. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen.....	8
3. Partizipation von Kindern und Jugendlichen.....	13
3.1. Begriffliche Bestimmung.....	13
3.2. Rechtliche Verankerung.....	16
3.3. Perspektiven und Motive von Partizipation.....	19
4. Akteurschaft von Kindern und Jugendlichen.....	24
4.1. Vorstellungen von agency.....	25
4.2. Agency und generationale Differenz.....	29
5. Praxisbeispiel: Projekt „Jugend gestaltet Altmark“.....	32
5.1. Projektbeschreibung.....	33
5.2. Durchführung.....	35
5.2. Projektergebnisse.....	37
6. Mehrwert von Kinder- und Jugendbeteiligung.....	45
6.1. Mehrwert für Kinder und Jugendliche.....	45
6.2. Mehrwert für Kommunen.....	48
7. Fazit.....	50
Literaturverzeichnis.....	56
Anhang.....	59

1. Einleitung

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Aber sie sind auch weitaus mehr als das, denn sie haben vielfältige Interessen, Bedürfnisse und bewegen sich in verschiedenen Lebenslagen im Hier und Jetzt. Dabei müssen sie schon in jungen Jahren eine Vielzahl von Herausforderungen bewältigen. Eine Gesellschaft ohne Sie? Die kann es nicht geben. Sie sind Experten und Expertinnen in eigener Sache, dennoch brauchen sie Unterstützung und besondere Aufmerksamkeit. Erst wenn dies alle Akteure verstanden und verinnerlicht haben, ist eine kinder- und jugendgerechtere Gesellschaft möglich. (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2017)

Mit dem Verlauf des demografischen Wandels in Deutschland stellen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eine eher unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppe dar, deren Interessen und Bedürfnisse in den Hintergrund zu rücken drohen. Laut Daten des Bundesamtes für Statistik aus dem Jahre 2015 sind lediglich 18,3 % der Bevölkerung unter 20 Jahre alt, während der größte Teil der Bevölkerung mit ca. 29,8 % zwischen 60 und 80 Jahren alt ist.

Aus diesem Grund sollte es für Politik und Gesellschaft von besonderer Bedeutung sein, für die Bedürfnisse ihrer jüngeren Generation offen zu sein, sich deren Wünsche und Meinungen anzuhören und sie in gesellschaftliche und politische Gestaltungsprozesse mit einzubeziehen. Spätestens mit der Ratifizierung der UN Kinderrechtskonvention 1992 in Deutschland hat das Verständnis von Kindern und Jugendlichen als spezielle und eigene soziale Gruppe mit spezifischen Bedürfnissen an Relevanz zugelegt. Sie werden demnach als eigenständige Rechtssubjekte beschrieben, deren Rechte aufgrund ihres besonders verwundbaren und schutzbedürftigen Status in dieser Spezialkonvention verbrieft wurden (vgl. Liebl 2007, 61).

„Die Spannweite der UN-Kinderrechtskonvention wird im Englischen gewöhnlich mit den ‚drei P’s‘ umschrieben: protection (Schutz), provision (Vorsorge, Versorgung, zu erbringende Leistungen, Förderung), participation (Partizipation, Mitwirkung, aktive Teilnahme) (ebd.).

Für die Ausführungen der folgenden Arbeit wird der Fokus auf die Rechtsgruppe der Partizipation gelegt. Dabei soll wissenschaftlich erörtert werden, warum die Partizipation von Kindern und Jugendlichen so wichtig und notwendig ist.

Kinder- und Jugendpartizipation kann dabei in den verschiedensten gesellschaftlichen Orten und auf unterschiedlichen politischen Ebenen stattfinden. Das zentrale Erkenntnisinteresse dieser Arbeit liegt dabei auf der kommunalen Ebene.

Kommunen haben bei Themen der Mitbestimmung und Teilhabe eine besonders wichtige Bedeutung, da sie das direkte Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen darstellen. Dort können sie am ehesten erleben, dass Entscheidungen von denen sie selbst mit betroffen sind, in politischen Aushandlungsprozessen gemeinsam mit anderen Interessengruppen entstehen. Dadurch kann Politik als etwas Gestaltbares erfahren und das wechselseitige Verhältnis von Mitspracherechten und Verantwortungsübernahme erkannt werden (vgl. BMFSFJ 2012).

Im Folgenden werden zunächst einmal die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Kindheit bzw. Jugend genauer in den Blick genommen. Partizipation vollzieht sich demnach nicht in einem luftleeren Raum, sondern es gibt bestimmte Rahmenbedingungen und Abhängigkeitsverhältnisse von denen Kinder und Jugendliche betroffen sind und welche wiederum Voraussetzungen dafür sein können, wie Kinder- und Jugendbeteiligung sich gestalten lässt.

Des Weiteren soll zum einen ein theoretisches Fundament zum Phänomen der Partizipation skizziert werden und zum anderen mittels kindheitssoziologischer Analyse auf den Aspekt der Akteurschaft von Kindern und Jugendlichen eingegangen werden. Dies entspricht dem subjektorientierten Ansatz der angewandten Kindheitswissenschaften, bei dem es gilt, die Potentiale der Kinder innerhalb partizipativer Projekte in den Blick zu bekommen, indem man sie als Experten und Gestalter ihrer eigenen Lebenswelt betrachtet.

Neben dem theoretischen Fundament zu Partizipation und Akteurschaft, soll auch ein praktischer Teil anschließen, in dem beispielhaft auf das Beteiligungsprojekt „Jugend gestaltet Altmark“, welches vom Verein Kinder Stärken aus Stendal durchgeführt wurde, eingegangen wird. Abschließend wird es darum gehen, den Mehrwert von Partizipation für die Kinder und Jugendlichen selbst und auch für die Kommunen abzuleiten.

2. Kinder und Jugendliche in der Gesellschaft

Im nachfolgenden Teil soll es darum gehen, die Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen in den Fokus zu nehmen. Welche Rolle spielen sie in unserer Gesellschaft und welche Position haben sie innerhalb des gesellschaftlichen Ordnungsgefüges? Welche Vorstellungen und Bilder von Kindheit sind vorherrschend? Welche Herausforderungen gilt es für sie zu meistern?

Es ist ein Versuch, die Lebensumstände der jüngeren Generation zu beleuchten, um nachvollziehen zu können unter welchen Bedingungen sich Partizipation gestalten lässt und welche Motive und Perspektiven damit einhergehen.

2.1. Vorstellungen von Kindheit

Den folgenden Ausführungen liegt die Annahme zugrunde, dass sich Kinder und auch Jugendliche in der Lebensphase Kindheit befinden können. Demnach wird keine gesonderte Differenzierung zwischen den Lebensphasen Kindheit und Jugend vorgenommen.¹

Zu hinterfragen, welche Vorstellungen von Kindheit sich in unserer Gesellschaft verzeichnen lassen, ist deshalb notwendig, da sich an bestimmte Vorstellungen auch immer spezifische normative Handlungsmuster zum Umgang mit Kindern anknüpfen lassen und sich diese wiederum auch auf die Konstitution bestimmter Institutionen wie Familie oder Schule auswirken können. Derartige normative Muster geben zudem vor, welche Kindheit als erwünscht oder auch als unerwünscht gilt (vgl. Bühler-Niederberger 2011, 69).

Damit verbunden sind somit auch Fragen darüber, was Kinder dürfen und was nicht oder auch, was man unter Kindheit versteht. Dem Kindheitsbegriff liegt, ebenso wie den bereits angedeuteten Fragen, eine gewisse Selbstverständlichkeit zugrunde, welche nur selten hinterfragt wird. Wie man diese Fragen beantworten kann, hängt dabei vom

¹ Aktuelle Ausführungen des Kinder- und Jugendberichts reden ausschließlich nur von Jugendpolitik. Ebenso lassen sich in den größeren Studien, wie zum Beispiel der Shell Jugendstudie, lediglich Daten bezogen auf Menschen ab 12 Jahren entnehmen. Kinderpolitik und Interessen von Menschen unter 12 Jahren werden zu oft ausgeklammert. Daher sollen meine Ausführungen sich auch explizit auf alle jungen Menschen beziehen.

Verständnis von Kindheit ab, welches untrennbar mit der Entwicklungsatsache der Kinder verknüpft ist. Demnach erscheinen Kinder meist als zu klein, zu unerfahren oder als unzureichend entwickelt. Kinder werden demnach definiert, in welchem Verhältnis sie zu Erwachsenen stehen, also wie sie anders sind als Erwachsene bzw. was sie von Erwachsenen unterscheidet. (vgl. Hungerland 2008, 71)

Die kindheitswissenschaftliche Perspektive hingegen betrachtet Kinder weniger unter dem Gesichtspunkt ihres „noch-nicht-Status“, sondern begreift Kinder als Seiende innerhalb bestimmter gesellschaftlicher und generationaler Ordnungen. Dem liegen Ansätze einer soziologisch fundierten Betrachtungsweise von Kindern und Kindheit zugrunde, die als sogenannte „new social childhood studies“ vor ca. 30 Jahren in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern entstanden sind. In Deutschland festigten sich diese Perspektiven Mitte der 90er Jahre allmählich und konnten sich unter den Bezeichnungen „Neue Kindheitsforschung“ oder auch „Soziologie der Kindheit“ nachhaltig etablieren (vgl. ebd., 72).

Die Perspektive der „Neuen Kindheitsforschung“ stellte etwas Neues dar im Vergleich zu den älteren wissenschaftlichen Perspektiven. So wurde vor allem durch die Pädagogik seit dem 18. Jahrhundert die Wahrnehmung von Kindern und Kindheit geprägt. In pädagogischen Kontexten ging es dabei vorrangig um Fragen zu Entwicklung und Erziehung von Kindern, also wieder darum, was aus ihnen einmal werden soll.

„Die Vorstellung von Kindheit, die aus der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Kindern resultierte, war insofern vor allem durch die Konzentration auf Reifung, Entwicklung, Vorbereitung und Schutz geprägt. Sie stellte sich als eine Phase dar, die durch ein bestimmtes Lebensalter des Individuums vorgegeben wurde.“ (ebd., 73)

Demnach dominierte die Vorstellung über Kindheit, dass sie relativ homogen verlaufen würde und durch bestimmte „natürliche“ und vorhersehbare Abläufe definiert sei, wodurch Kindheit als etwas eher Alternativloses verstanden wurde. Aus diesem Verständnis heraus resultierte unter anderem auch, dass Kindheit zu etwas Standardisierbaren gemacht wurde, welche durch bestimmte charakteristische Merkmale gekennzeichnet wird, z.B. dass Kinder lernen und spielen und dass dies wichtig sei für eine angemessene Entwicklung. Alles was von diesem normativen Verständnis bzw. von diesem Standard abweichen würde, ist nicht wünschenswert und wird somit auch kritisch

betrachtet. Selbst wenn die Kindheit durch biologische Aspekte des Aufwachsens und des sich Entwickelns gekennzeichnet ist, so darf sie nicht als eine Art biologische Konstante aufgefasst werden. Kindheit ist deutlich vielfältiger und flexibler. Wie sie sich gestaltet, ist zunehmend von gesellschaftlichen Bedingungen, also von sozialen, ökonomischen und kulturellen Faktoren, abhängig (vgl. ebd., 74).

„Kindheit ist nicht nur ein körperlich bedingter Lebensabschnitt, sondern in erster Linie eine sozial geformte Lebensphase. Soziale Lage, Geschlecht, Familienform, Bildungsmöglichkeiten und vieles mehr bestimmen das Aufwachsen von Kindern und darüber vor allem die kulturellen Vorstellungen und Werte, die Kindern zugeschrieben werden.“ (ebd., 74)

Unter diesen Gesichtspunkten rücken die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen Kinder aufwachsen, verstärkt in das Zentrum wissenschaftlichen Erkenntnisinteresses, wodurch Kindheit weniger als etwas fest Zugeschriebenes, sondern eher als etwas gesellschaftlich Konstruiertes aufgefasst wird. Diese Konstruktionen sind dann wiederum ausschlaggebend dafür, welchen Stellenwert Kindheit in der Gesellschaft hat, welche Rechte man Kindern entweder zuspricht oder aberkennt und welche Möglichkeiten der Mitbestimmung in diesem Zusammenhang für sie bestehen (vgl. ebd., 74). Dies kann dann auch direkten Einfluss auf die Umsetzung von Partizipationsrechten im Sinne der UN Kinderrechtskonvention haben, denn dadurch, dass vorrangig ein eher defizitäres Bild von Kindern und Jugendlichen dominiert, werden sie meist aus Teilen der Gesellschaft der Erwachsenen ferngehalten. Somit werden ihnen, oftmals unter dem Deckmantel vermeintlicher Schutz- und Schonbedürftigkeit, schnell Mitbestimmungs- und Teilhaberechte abgeschlagen (vgl. ebd., 80, 82).

Ein weiterer Aspekt, der für das Ausschließen bzw. Separieren von Kindern eine wichtige Rolle spielte, ist die Institutionalisierung von Kindheit. Dem gesellschaftlichen Anspruch, Kinder erziehen und bilden zu müssen, versuchte man in dem Sinne gerecht zu werden, indem der Stellenwert von Familie und Schule immer größer wurde. Die Sozialisationsfunktion dieser beiden Institutionen gilt demnach als unverzichtbar und zwingend notwendig für die Entwicklung und Reifung der jüngeren Generation. Dadurch kam es zu essentiellen Veränderungen von Kindheit, denn sie wurde durch diese Institutionalisierung zum einen zu einer verlängerten Lebensphase und zum anderen

begünstigte sie eine verstärkte Separierung der Kinder aus weiten Teilen des gesellschaftlichen Lebens (vgl. ebd., 81).

Außerdem ziele eine derartige Institutionalisierung des Aufwachsens, laut dem aktuellen 15. Kinder- und Jugendbericht, auf eine soziale Integration junger Menschen, vor allem um Phänomene, wie den demografischen Wandel, entgegenwirken zu können (vgl. 15. Kinder- und Jugendbericht 2017, 75). Dieses Verständnis zeugt von einer funktionalistischen Vorstellung und folgt dem Prinzip einer Verwertungslogik, wonach eine angemessene gesellschaftliche Integration der jungen Generation zwingend notwendig sei für das zukünftige Funktionieren der Gesellschaft.

Hinzu kommt, dass das damit verknüpfte Fernhalten aus bestimmten Angelegenheiten, die primär Erwachsenen zugeschrieben werden, heutzutage so stark verbreitet und selbstverständlich ist, dass es kaum noch hinterfragt und somit fortläufig reproduziert wird. Es scheint so, dass wenn man mehr Partizipationsrechte für Kinder und Jugendliche einfordert, Debatten über solche Ausschlussmechanismen erst wieder einen frischen Wind bekommen würden. Für eine angestrebte Verbesserung der Rechtslage ist dies zunehmend relevant, um vor allem auch professionell handelnde Akteure, wie zum Beispiel in der Kinder- und Jugendarbeit, für dieses Phänomen zu sensibilisieren.

„Der Ausschluss der Kinder aus weiten Teilen des gesellschaftlichen Lebens hat einen derart hohen Grad an Selbstverständlichkeit, dass er kaum noch wahrgenommen wird, selbst von denen nicht, die sich professionell damit beschäftigen könnten und sollten.“ (Hungerland 2008, 80)

Genau an dieser Stelle könnte die gezielte Initiierung partizipativer Projekte einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das eben verdeutlichte Wahrnehmungsdefizit ein wenig auszugleichen, in dem man Kindern und Jugendlichen mehr Raum für Mitbestimmung und Teilhabe ermöglicht. Es könnte zu einer Neuausrichtung bereits veralteter und unhinterfragter Perspektiven führen, wodurch Kindheit weniger unter dem Aspekt des Schutzraums verstanden wird, sondern als ein umfassender gesellschaftlicher Lebensraum, innerhalb dessen man Kindern ihre gesellschaftliche Rolle anerkennt und zugesteht.

Die emanzipatorischen Bemühungen, Kindern und Jugendlichen mehr Partizipationsrechte zu ermöglichen, werden also mit einer, in unserer Gesellschaft dominierenden Vorstellung von Kindheit, konfrontiert, die Kindheit vor allem als lange

und behütet definiert. Diese Art von Kindheit wird darüber hinaus auch in den meisten westlichen Ländern als die einzig richtige und wünschenswerte Kindheit aufgefasst (vgl. Bühler-Niederberger 2011, 13).

Ein derartiges Bild von Kindern und Kindheit ist unter anderem auch ausschlaggebend dafür, dass es großen Bedarf gibt, die rechtliche Situation von Kindern und Jugendlichen, vor allem bei Fragen zu Mitbestimmung und Teilhabe, nachhaltig verbessern zu müssen.

2.2. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

„Große gesellschaftliche Trends haben Auswirkungen auf alle Menschen, so auch auf die junge Generation. Einen besonderen Einfluss auf die Lebenslagen und Lebenswelten von jungen Menschen in Deutschland haben insbesondere der demografische Wandel, die Globalisierung, die Digitalisierung und die ausgeprägte Leistungs- und Bildungsorientierung unserer Wissensgesellschaft.“
(BMFSFJ 2017, 10)

Mit der Veröffentlichung des 15. Kinder- und Jugendberichts im Februar 2017 begann das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, eine Strategie für eine jugendgerechtere Gesellschaft zu formulieren. Zentraler Partner bei der Ausarbeitung dieser Strategie ist die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“, welche in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen Kinder und Jugendliche in Deutschland leben, in den Blick genommen hat. In Anlehnung dessen sollen im Folgenden die einzelnen Phänomene gesondert beschrieben werden, im Hinblick auf die Lebensbedingungen und -situationen von Kindern und Jugendlichen.

Demografischer Wandel:

Vom demografischen Wandel in der Gesellschaft ist nahezu jeder betroffen, doch vor allem in besonderer Weise die jüngere Generation, denn durch demografische Veränderungen werden die Bedingungen des Aufwachsens maßgeblich beeinflusst, was wiederum Einfluss darauf haben kann, wie frei sich ein junger Mensch innerhalb der Gesellschaft entwickeln kann. Wie stark derartige Wandlungsprozesse bereits in Gang sind, zeigen aktuelle Berechnungen des statistischen Bundesamtes, nachdem im Jahr 2013 lediglich 17 % der Gesellschaft zwischen 12 und 27 Jahren alt waren. Weitere

Vorausberechnungen zeigen zudem auf, dass dieser Anteil in Zukunft weiter sinken wird. Demnach sollen laut Prognose des statistischen Bundesamts im Jahr 2030, selbst bei stärkerer Zuwanderung, der Anteil der 12 bis 27- Jährigen auf 15 % absinken. Außerdem würden Menschen über 60 Jahre mit ca. 35 % mehr als ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, wodurch sie mehr Gestaltungsmacht ausüben können, als die jüngere Generation. Dementsprechend sind an den meisten politischen Weichenstellungen überwiegend ältere Menschen beteiligt, während die Interessen der jungen Generation in den Hintergrund rücken (vgl. BMFSFJ 2017b, 8).

Sie wären somit gegenüber älteren Menschen benachteiligt, wenn es um politische Beteiligung geht. Politische Willensbildung würde sich demnach verstärkt an den Interessen der älteren Generation orientieren, wodurch Rechtsansprüche von Kindern und Jugendlichen gemäß der UN Kinderrechtskonvention nicht im angemessenen Maße berücksichtigt oder gar ignoriert werden. Hinzu kommt, dass die zukünftigen Auswirkungen gegenwärtiger Entscheidungen vor allem für die junge Generation maßgebliche Auswirkungen haben werden. Entscheidungen, an denen sie selbst nicht angemessen beteiligt wurden. Diese Benachteiligungen gilt es zu verhindern.

Ein Beispiel aus dem 15. Kinder- und Jugendbericht zeigt, dass bereits heute nur ein Sechstel der Wahlberechtigten unter 30 Jahre alt sind, während mehr als doppelt so viele über 60 Jahre alt sind (BMFSFJ 2017a, S.234).

Durch diese Verschiebungen im generationalen Verhältnis könnte es weiterhin zu einer Verlagerung von politischer Macht und Aufmerksamkeit kommen, wie oben bereits angedeutet. Das führt unter anderem auch dazu, dass sich das politische Interesse der jungen Menschen weniger in Parteien oder durch Wahlen artikuliert wird, sondern sich eher in punktuellen Engagement zeigt, z.B. in ihrem Stadtviertel bzw. im kommunalen Raum, in dem sie leben (vgl. BMFSFJ 2017b, 9).

„Unsere alternde Gesellschaft steht vor der Herausforderung, die jüngere Bevölkerungsgruppe wirksam an Entscheidungen zu beteiligen und ihre Rechte zu sichern sowie für einen fairen Lastenausgleich und bedarfsgerechte Angebote für junge Menschen zu sorgen.“ (ebd., 9)

Globalisierung:

Wie Kinder und Jugendliche aufwachsen und in welchem Maße sie an politischer Willensbildung teilhaben können, ist von Staat, Gesellschaft und Kultur, in der sie leben, abhängig und ist darüber hinaus auch geprägt von politischen und ökonomischen Faktoren. Außerdem haben regionale Bedingungen und Entwicklungen, welche sich auch außerhalb der eigenen Landesgrenzen vollziehen, wie in Europa oder im globalen Kontext, ebenfalls Auswirkungen auf die Lebenslagen junger Menschen. Nun lassen sich die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen nicht mehr nur auf das örtliche Wohnumfeld beschränken, sondern sind heutzutage viel ausgedehnter (vgl. ebd.).

„Europa und die ‚ganze Welt‘ werden für eine wachsende Anzahl junger Menschen zum erweiterten Lebens- und Erfahrungsraum, bestärkt durch die globale Wirtschaft, durch grenzübergreifende Kultur, durch Migration und Flucht, durch eigene Auslandserfahrungen und nicht zuletzt durch das Internet.“
(ebd., 9)

Dadurch werden die Lebenspraxis, Zukunftsvorstellungen und die Herausbildung bestimmter Werteorientierungen der jungen Menschen maßgeblich beeinflusst. Dabei ist der Zugang zu solch internationalen Erfahrungen nicht zuletzt nur von ihrer Herkunft und ihrem Bildungsstand abhängig. Einige kennen ihre Möglichkeiten kaum bzw. gar nicht, haben zudem keine wirklich große Auswahl oder besitzen einfach nicht die notwendigen finanziellen Mittel dafür. Andere wiederum haben so viele Möglichkeiten, dass sie kaum alles nutzen können. Schüler und Schülerinnen von Gymnasien verbringen somit mehr Zeit im Ausland als Schüler oder Schülerinnen, welche nicht auf ein Gymnasium gehen. Dadurch bestehen ungleiche Zugänge zu internationalen Erfahrungen, welche zudem noch in einem Widerspruch zu der Bewertung verschiedener Mobilitätserfahrungen stehen (vgl. ebd.).

„Während für einen Teil junger Menschen eine grenzüberschreitende Mobilität als Möglichkeitsraum erweiterter Bildungs-, Erfahrungs- und Qualifikationsprozesse Anerkennung findet, wird sie für andere, zugewanderte junge Menschen, nicht in einen solchen Anerkennungszusammenhang eingebettet. Ganz unabhängig davon bleibt sie einer ganzen Reihe von jungen Menschen in Deutschland gänzlich verwehrt.“ (15. Kinder- und Jugendbericht, 468f)

Digitalisierung:

Das Phänomen der Digitalisierung hat zur Folge, dass Informationen überall und in Echtzeit ständig zur Verfügung stehen und dass es darüber hinaus eine immense Vielfalt an Informationen gibt. Außerdem führt dies auch zu individualisierten und flexibleren Arbeitszeiten, wodurch ein höheres Maß an Selbstbestimmung und Selbstorganisation ermöglicht werden kann (vgl. BMFSFJ 2017b, 10).

„Verdichtung, Beschleunigung und Entgrenzung sind Teil der (digitalen) Lebenswelten von jungen Menschen. Jugendliche und junge Erwachsene bewegen sich in Online- und Offline-Welten, das digitale Netz ist Teil ihrer Realität.“ (ebd., 10)

Dabei scheint es so, als würden parallele Welten miteinander verschmelzen, denn junge Menschen nutzen die digitalen Medien kreativ und gestalten dadurch beide Welten aktiv mit. Es können dabei wichtige Kompetenzen erlernt werden, die notwendig dafür sein können, wie man sich selbst positioniert und präsentiert und wie dadurch der eigene Handlungsraum erweitert werden kann (vgl. ebd.).

Die Digitalisierung und die digitalen Medien gehören also zu unserer Gesellschaft mit dazu und sind dementsprechend ein Teil der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Dabei muss es gar nicht immer unter defizitären Gesichtspunkten betrachtet werden, dass Kinder und Jugendliche vermehrt digitale Medien nutzen. Für jugendgerechte Formate der Partizipation kann sich eine solche Art der Medien besonders gut eignen und eine wichtige Ressource darstellen. Dabei ist es von großer Bedeutung, dass die Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien erprobt werden können.

Daher gilt es für die jüngere Generation neu aufgeworfene Fragen für sich zu klären, wie die Frage nach Öffentlichem und Privatem. Hinzu kommen Fragen der Verfügbarkeit und zum Stellenwert körperlicher Anwesenheit. Jugendliche nutzen digitale Medien vor allem für ihre Selbstpositionierung und für Kommunikation, wobei die Zugangschancen und die Formen der Nutzung variieren. Dies kann von finanziellen Möglichkeiten, dem Lebensort oder auch vom Bildungsstand abhängig sein. Das digitale Netz stellt demnach sowohl einen Raum für Chancen, als auch für Risiken dar. Somit wird das Internet überwiegend von großen Unternehmen dominiert, welche permanent die Daten der Nutzer und Nutzerinnen archivieren und für unternehmerische Zwecke ausnutzen könnten. Dabei ist es nicht immer sehr transparent, wie die gesammelten Daten verwendet werden und was die Absicht dahinter ist. Nutzungsbeschränkungen oder geforderte

Verschärfungen des Jugendschutzgesetzes sollen dabei Kinder und Jugendliche vor den Risiken der Online-Welt schützen (vgl. ebd.).

Doch ob ein Verbot der richtige Weg ist bleibt fraglich. Wie bereits erörtert wurde, verschmelzen die Online- und Offline-Welten miteinander, wodurch digitale Medien ein essentieller Bestandteil der Lebenswelten junger Menschen geworden sind, welche neben vielen Risiken auch einige Ressourcen in sich tragen. Umso wichtiger ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Mediennutzung, um einen reflexiven Umgang damit erlernen zu können.

Wissensgesellschaft:

Bildung und Leistung haben einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft, wodurch sie auch zu einem wichtigen Thema für Kinder und Jugendliche werden, da dies maßgeblich Einfluss auf ihren Lebensalltag hat. Zukunftsperspektiven und Teilhabemöglichkeiten sind davon abhängig und werden dadurch bestimmt. Außerdem nimmt Bildung einen starken Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Dabei ist es für viele junge Menschen wichtig, dass ihre Lern- und Bildungsorte auch in ihrem Interesse gestaltet werden. Es besteht ein hoher Anspruch auf ein vielfältiges Lernangebot, welches sich an den Interessen der Schüler und Schülerinnen orientiert. Ebenso sind Möglichkeiten zur Mitbestimmung innerhalb der Bildungseinrichtungen von großer Bedeutung für die jungen Menschen. Ähnlich sieht es im Hinblick auf Beruf und Ausbildung aus. Dort wird vor allem viel Wert auf ein breit gefächertes Ausbildungsangebot, gerechte Entlohnung und auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelegt (vgl. BMFSFJ 2017b, 11).

Für das Alltagsleben von Kindern und Jugendlichen bedeutet das auch, dass ihre Freiräume sehr gering sind. Im vorherigen Teil zu den Vorstellungen von Kindheit wurde bereits erwähnt, dass durch die Institutionalisierung von Kindheit, diese Lebensphase verlängert und zunehmend durch Bildung bestimmt wird.

In der Jugendforschung wird dieses Phänomen auch als „Scholarisierung des Jugendalters“ bezeichnet, was sich dadurch äußert, dass sich junge Menschen oft bis in das dritte Lebensjahrzehnt hinein in Studium oder Lehre befinden. Dementsprechend verlängert und intensiviert sich also die formale Ausbildung. Der Einfluss auf die eingangs erwähnte Persönlichkeitsentwicklung äußert sich in dem Sinne, als dass die

Entwicklungsprozesse langwieriger, aufwendiger und komplexer geworden sind. Dadurch wird das Spannungsfeld zwischen zu viel formaler Bildung und zu wenig freier Zeit bzw. Freiräumen, welches von vielen jungen Menschen so empfunden wird, verstärkt (vgl. ebd.).

3. Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Im Koalitionsvertrag aus dem Jahre 2013 der Bundesregierung, bestehend aus CDU/CSU und SPD, ist Folgendes in Bezug auf Partizipation festgehalten:

„Wir wollen die Partizipation Jugendlicher stärken. Wir wollen Anreize zur Stärkung partizipationsfördernder Kommunalpolitik legen. Jugendhilfeausschüsse und Jugendhilfe bieten Ansatzpunkte guter Jugendpolitik. Wir unterstützen das ehrenamtliche Engagement Jugendlicher und wollen für mehr Anerkennung sorgen.“ (S.151)

Wenn man sich dieses Vorhaben der Bundesregierung betrachtet, so könnte man meinen, dass Partizipation durchaus erwünscht und erstrebenswert sei und dass die Politik es zu einer ihrer Aufgaben macht, eben diese zu stärken und auszubauen. Doch beschäftigt man sich mit dem Begriff der Partizipation etwas tiefgreifender, so wird deutlich, dass es sich um einen relativ unscharf definierten Begriff handelt, welcher sich aus unterschiedlichen Erklärungszusammenhängen bestimmen lässt. Nicht überall, wo Partizipation angepriesen wird, steckt letzten Endes auch wirkliche Partizipation dahinter. Der nachfolgende Teil soll daher Gelegenheit dafür bieten, diesen Begriff gezielter zu bestimmen. Neben begrifflichen Bestimmungen wird es auch von Interesse sein, welche rechtliche Rahmenbedingungen ihn umschließen und welche unterschiedlichen Motive und Perspektiven mit diesem Begriff verbunden werden können.

3.1. Begriffliche Bestimmung

Der Ursprung des Begriffs „Partizipation“ stammt aus dem Lateinischen und setzt sich aus den Wörtern „pars“ und „capere“ zusammen, welche „Teil“ und „nehmen/fassen“ bedeuten. Die gängigste Übersetzung des Wortes ist demnach „Teilnahme“, allerdings sind auch Synonyme wie zum Beispiel Mitwirkung, Mitbestimmung, Teilhabe,

Mitsprache, Beteiligung oder Einbeziehung weitgehend bekannt und werden häufig genutzt. All diese Begrifflichkeiten können in ihrer Gesamtheit unter dem Begriff „Partizipation“ gefasst werden (vgl. Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. 2011, 4).

Hier wird bereits schnell deutlich, dass der Begriff auf vielfältige Art und Weise genutzt und auch verstanden werden kann. Allein schon die unterschiedlichen Synonyme deuten darauf hin, dass es schwierig ist, eine eindeutige Bestimmung für dieses eher abstrakte Wort zu finden.

Im ursprünglichen Sinn wurden damit ausschließlich Strategien und Handlungen von Bürgerinnen und Bürgern bezeichnet, die darauf abzielen, Einfluss auf politische Macht und Entscheidungen nehmen zu können. Es ist allerdings sehr wichtig, dass Partizipation nicht nur auf die politische Ebene beschränkt wird. So besitzt der Begriff seit den 70er Jahren eine essentielle Bedeutung als handlungsbestimmende Maxime für mehr demokratische Strukturen, mehr Gerechtigkeit und auch für mehr Transparenz in allen Institutionen und auf allen gesellschaftlichen Ebenen (vgl. ebd., 4).

Im Zuge gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse gewann Partizipation somit als Gestaltungsprinzip von Institutionen, als Form der Sicherung von demokratischen Prozessen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Miteinanders, als Kriterium für mehr Transparenz und auch als Mittel für mehr Gerechtigkeit in bestehenden Machtverhältnissen einen zentralen Stellenwert. Mit diesem Verständnis lässt sich Partizipation auf viele verschiedene Ebenen erweitern und bleibt nicht, wie oben bereits angedeutet, auf die politische Ebene beschränkt (vgl. Betz/Geiser/Pluto 2011, 12).

„Partizipation wurde in der Arbeitswelt, in Verwaltungen, in Bildungseinrichtungen, psychosozialen Arbeitsfeldern, im Gesundheitssystem, in der Alten- und Behindertenhilfe oder in der Kinder- und Jugendhilfe zu einer wesentlichen Zielgröße, mitunter sogar zu einem handlungsleitenden Paradigma.“ (ebd., 12)

Derartige Entwicklungen von Partizipation gehen mit dem wachsenden Bedürfnis der Menschen nach mehr Gleichberechtigung und Beteiligungsmöglichkeiten in Entscheidungsprozessen auf lokaler und globaler Ebene einher (vgl. Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V., 4).

Doch Beteiligung bedeutet nicht gleich Beteiligung. Formate von Partizipation sind sehr unterschiedlich und der Grad der Mitbestimmung und die Wirkung der Partizipation können dabei variieren.

Oftmals kommt es zur Initiierung von sogenannter Scheinpartizipation, bei dem es weniger um die Interessen der Adressaten*innen selbst geht, als vielmehr um eine Aufbesserung des Images von Dörfern, Gemeinden, Städten oder Politikern (vgl. Klundt 2017, 186).

Um die hier angedeuteten Abstraktionsgrade von Partizipation näher bestimmen zu können, eignet sich unter anderem das Stufenmodell der Partizipation nach Micheal T. Wright sehr gut.

„Die Umsetzung von Partizipation ist keine Frage von Ja oder Nein, sondern von Mehr oder Weniger.“ (Kilian/Wright 2011, 80)

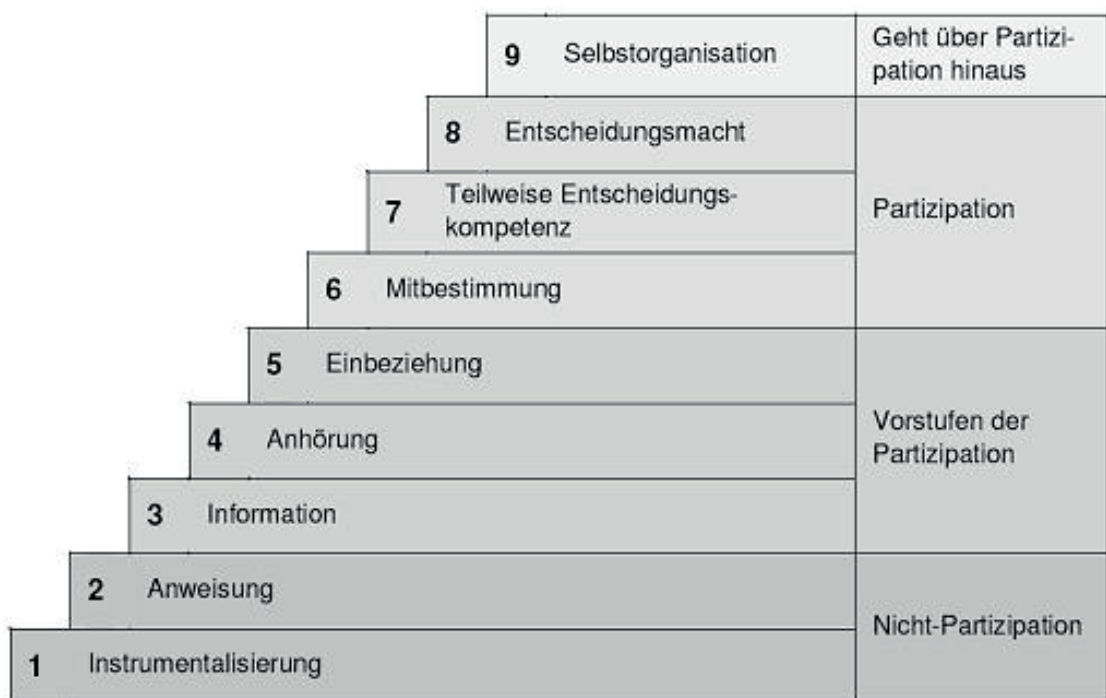


Abbildung 1: Stufenmodell der Partizipation (Wright et al. 2010, 42)

Die neun Stufen dieses Modells reichen von den Ebenen der „Nicht-Partizipation“ bis hin zur Stufe „Geht über Partizipation hinaus“. Hierbei bedeutet „mehr“ nicht gleich „besser“. Für Verantwortliche in partizipativen Projekten gilt es gut abzuschätzen, welche Stufe des Modells realistisch ist. Ein „zu viel“ an Beteiligung kann die Adressaten schnell

überfordern und somit demotivierend wirken. Das neunstufige Modell ist eher als eine Art Entwicklungsprozess zu betrachten. Dabei stellen die obersten Stufen „Entscheidungsmacht“ und „Selbstorganisation“ die anspruchsvollsten Ebenen dar, bei denen auch der Grad der Selbstbestimmung am höchsten ist. Für professionell Handelnde in der Beteiligungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen ist es daher wichtig, zu internalisieren, dass es nicht darauf ankommt direkt beim Start eines Projekts die höchsten Ebenen zu erreichen. Vielmehr ist es wichtig, die höchsten Stufen als Ideal anzuvisieren, welches in einem partizipativ gestalteten, gemeinsamen Lern- und Entwicklungsprozess erreicht werden kann (vgl. Kilian/Wright, 80).

Somit lässt sich ein durchaus differenzierteres Bild vom Begriff der Partizipation skizzieren und verdeutlicht wiederum, wie schwierig es ist, eine klare Definition zu bestimmen.

Das Bundesjugendkuratorium versuchte 2009 in einer Stellungnahme zum Stand der Partizipation von Kindern und Jugendlichen ebenfalls, eine Definition des Begriffs vorzunehmen, welche, wie hier bereits erwähnt, eine Differenzierung zwischen politischer Partizipation und Partizipation als Ganzes wagt:

„Partizipation [...] bezieht sich auf alle Entscheidungsprozesse des Alltagslebens in Familie, Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen, Verbänden und Vereinen, parlamentarischen und vorparlamentarischen Entscheidungsgremien auf örtlicher und überörtlicher Ebene in allen Lebensbereichen im Sinne von >>Alltagsdemokratie<<.“ (S.8)

Hierbei wird durch das Bundesjugendkuratorium an die analytische Unterscheidung zwischen Demokratie als Regierungsform und Demokratie als Lebensform angeknüpft, wodurch Partizipation als integraler Bestandteil der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen aufgefasst wird (vgl. ebd., 7).

3.2. Rechtliche Verankerung

Es lassen sich auf vielen verschiedenen Ebenen rechtliche Bestimmungen in Bezug auf Partizipation von Kindern und Jugendlichen finden.

Hier wäre zunächst für die internationale Ebene die UN Kinderrechtskonvention zu nennen, welche am 20.11.1989 von der Generalversammlung der vereinten Nationen

verabschiedet und kurze Zeit später, im Jahr 1992, in Deutschland ratifiziert wurde.² Sie stellt das wichtigste Menschenrechtsabkommen für Kinder dar und die dort festgeschriebenen Rechte lassen sich, wie in der Einleitung bereits erwähnt, in die drei Kategorien Schutz, Förderung und Partizipation unterteilen (vgl. Pesch 2014, 109).

Zu den Partizipationsrechten zählen hierbei die Artikel 13, 14, 15 und 17. Dort werden Rechte zur freien Meinungsäußerung, Informations-, Gedanken-, Versammlungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit beschrieben. Diese Rechte stehen in Verbindung mit der allgemeinen Maßgabe nach Artikel 12, wonach die Ansichten und der Wille des Kindes berücksichtigt werden soll (vgl. Liebl 2007, 61).

Der genaue Wortlaut des Artikel 12 der UN Kinderrechtskonvention lautet:

„(1) Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

(2) Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.“

Die Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieses Rechts lässt sich hier in der Fähigkeit des Kindes, sich seine eigene Meinung bilden zu können, feststellen. Dadurch ist ein gewisser Interpretationsspielraum gegeben, innerhalb dessen abgeschätzt werden muss, wie weit der Meinung des Kindes wirklich Rechnung getragen werden kann.

Auf der europäischen Ebene wäre die Charta der Grundrechte zu nennen, welche im Jahr 2000 in Nizza verabschiedet wurde. Hier finden sich, in Anlehnung an die UN-Kinderrechtskonvention, wichtige Grundrechte, welche dann später mit in den Vertrag von Lissabon aufgenommen wurden.

Des Weiteren wurde im Jahr 2001 von der Europäischen Kommission ein Weißbuch mit dem Titel „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ veröffentlicht, welche als Grundlage einer Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Jugendbereich gedacht war.

² Informationen verfügbar unter: <https://www.kinderrechtskonvention.info/> (Stand 19.09.17)

Durch dieses Weißbuch kam es zudem zu einer Vielzahl von Entscheidungen durch den Europäischen Rat, wodurch wichtige Weichen für die Jugendpolitik in Europa gestellt wurden. Es wurde in Zusammenarbeit mit Abgeordneten, Forschern*innen, Vertretern*innen verschiedener Behörden, einer großen Zahl von Jugendlichen und Jugendorganisationen aus allen Mitgliedsstaaten erarbeitet (vgl. Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V., 11f).

In Deutschland lassen sich ebenfalls Bestimmungen zur rechtlichen Lage von Kindern und Jugendlichen finden.

Eines der wichtigsten Gesetze für Kinder und Jugendliche stellt das 8. Sozialgesetzbuch, das Kinder- und Jugendhilfegesetz, dar. Hier findet man im §8 eine Regelung, welche auf die Beteiligung von Kindern gerichtet ist. So heißt es im genauen Wortlaut von §8

Absatz 1:

„Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Familiengericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen.“

Ähnliche Regelungen zur Wahrung der Interessen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen lassen sich aus § 11 Abs. 1 Satz 2 beschreiben:

„Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und heranzuführen.“

Allerdings lässt sich erkennen, dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz nicht direkt von der Selbstständigkeit der jungen Menschen ausgeht, sondern ihnen nach wie vor einen Objektstatus im Erziehungsprozess zuspricht. Trotz dieser defizitären Perspektive auf Kinder und Jugendliche, sind die eben genannten Beteiligungsrechte aus den einzelnen Paragraphen, auf die sich im Hilfeprozess berufen werden kann, wichtig für die gesetzliche Verankerung von Partizipation. Auch im Bürgerlichen Gesetzbuch lässt sich direkt im §1 die Rechtsfähigkeit von Kindern konstatieren. Dort heißt es, dass man direkt nach der Geburt Träger von Rechten ist und die Rechtsfähigkeit ab diesen Zeitpunkt beginnt (vgl. Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V., 13).

Auf der Landesebene ist zu erwähnen, dass es, je nach Bundesland, bestimmte Länderausführungsgesetze zum Kinder- und Jugendhilfegesetz gibt, welche zur Umsetzung von Partizipationsrechten von Kindern und Jugendlichen beitragen können. Beispielfähig wären hier die Länder Berlin, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zu nennen, welche in ihren Jugendförderungsgesetzen und in den Gemeindeordnungen Empfehlungen zur Umsetzung der Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen verankert haben, die über das Kinder- und Jugendhilfegesetz hinausgehen. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen wird Partizipation somit zum Regelfall, da Kinder und Jugendliche dort in alle Planungen der Gemeinden, von denen sie betroffen sind bzw. von denen ihre Interessen berührt werden, mit einbezogen werden müssen (vgl. ebd., 14).

Außerdem gibt es in manchen Bundesländern gesonderte Bestimmungen, welche das Wahlrecht von Kindern und Jugendlichen berühren. So gibt es zum Beispiel Unterschiede im kommunalen Wahlrecht. In Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern kann man demnach schon mit 16 Jahren an den Kommunalwahlen teilnehmen, wodurch eine politische Form der Partizipation für Jugendliche möglich wird (vgl. ebd.).

3.3. Perspektiven und Motive von Partizipation

Um das breite Themenfeld der Partizipation noch etwas weiter sortieren zu können, kann es hilfreich sein, sich unterschiedliche Auffassungen und Vorstellungen von Partizipation anzuschauen. Wird Partizipation als Mittel zum Zweck gesehen oder gilt es als ein Wert an sich? Verschiedene Erklärungszusammenhänge könnten Antworten auf diese Frage bringen.

Partizipation als Mittel zum Zweck:

Wenn man Partizipation als Mittel zum Zweck betrachtet, so kann dies mittels einer dienstleistungstheoretischen Perspektive beschrieben werden, bei der sich an marktähnlichen Prinzipien orientiert wird. Hier haben Kinder und Jugendliche einen Konsumentenstatus, wenn man sie als Nutzer und Nutzerinnen von sozialpädagogischen Dienstleistungen betrachtet. Dabei äußern sie spezifische Interessen und Bedürfnisse, was man auch, in Anlehnung an Marktprinzipien, als Nachfrage bezeichnen kann. Die

Dienstleistenden müssen sich dann an der Nachfrage ihrer Adressaten und Adressatinnen orientieren, damit ihre Leistungen effizienter werden. Mit dieser Betrachtungsweise erkennt man Kinder und Jugendliche als aktive Subjekte mit spezifischen Bedürfnissen an und rückt sie somit in das Zentrum bei den Umsetzungen pädagogischer Dienstleistungen, welche demnach nur in einem partnerschaftlichen und gemeinsamen Arbeitsprozess ihre optimale Wirkung entfalten können. Allerdings wird Partizipation hier nur als Mittel zum Zweck verstanden, bei der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe auf reine Dienstleistungen und die Rolle der Kinder lediglich auf den Konsumentenstatus reduziert werden (vgl. ebd., 5).

Neben der dienstleistungstheoretischen Sichtweise gibt es auch politisch-gesellschaftliche Begründungsmuster. Hierbei zielt die Forderung nach mehr politischer und gesellschaftlicher Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf der einen Seite auf eine Unterstützung der Position junger Menschen innerhalb der Gesellschaft und auf eine verstärkte Autonomie ab. Auf der anderen Seite geht es aber auch um eine Optimierung von Politik und Gesellschaft. Damit geht ein politisch-gesellschaftlicher Begründungszusammenhang nicht von einer tatsächlichen und wirklichen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei politischen Entscheidungen aus, sondern es ist vielmehr von Interesse, die Belange und Wünsche der jüngeren Generation kennenzulernen, damit die Regierungen besser für sie entscheiden können. Kinder und Jugendliche werden dabei zu Objekten gemacht, da sie nicht selbst entscheiden können, wann sie sich beteiligen wollen, sondern Beteiligung nur dann möglich wird, wenn es ihnen von den politischen Entscheidungsträgern eingeräumt wird. Eine wirkliche Aufteilung der Macht ist dabei nicht vorgesehen (vgl. ebd.).

Hier wird besonders ein instrumentalisierender Charakter von Partizipation deutlich, bei dem es scheinbar um die Interessen der Kinder und Jugendlichen geht, im Eigentlichen jedoch nur die Interessen der Regierenden verfolgt werden, und zwar in dem Sinne, dass ihre Herrschaftsposition und das Machtverhältnis aufrechterhalten wird.

„Partizipation wird hier für gutes Regieren funktionalisiert. [...] Der Staat will sich die Bürger erziehen, die er braucht.“ (Knauer/Sturzenhecker 2005, 64)

In Anlehnung an das Stufenmodell der Partizipation nach Michael T. Wright, kann es sich in diesem Zusammenhang nur um die sogenannten Vorstufen der Partizipation handeln. Dabei kommt es oft zum Einsatz von Methoden der Scheinpartizipation, bei der

es den politischen Institutionen und Akteuren vorrangig um die Gewinnung von neuen Parteimitgliedern geht oder bei der ein politisches bzw. gesellschaftliches Engagement im Sinne der jeweiligen Institution angeregt werden soll, wodurch wiederum Politikverdrossenheit abgebaut werden soll (vgl. Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V., 6). Partizipation wird dabei für eigennützige Zwecke instrumentalisiert und aufgefasst „als *Erziehungsmittel zu systemgerechter Sozialisation.*“ (Abeling et al. 2003, 230)

Partizipation als Wert an sich:

Im Gegensatz zu den eben erklärten Begründungszusammenhängen, welche eine Instrumentalisierung von Partizipation vorsehen, wird Partizipation in den folgenden Ausführungen als Wert an sich verstanden. Partizipation wird demnach nicht nur dann gestaltet, wenn erwachsene Entscheidungsträger dies gerade für ihre Zwecke als angemessen erachten, sondern junge Menschen sollen immer partizipieren können, einfach, weil es ihr gutes Recht ist.

„Partizipation ist aktive Praxis von Demokratie durch die Subjekte.“
(Knauer/Sturzenhecker 2005, 66)

Diese Vorstellung hat das Prinzip der Emanzipation gegenüber eines Systems oder Staates inne, wobei auf die Selbstbestimmung und Autonomie der Menschen abgezielt wird.

Die sogenannte pädagogisch-entwicklungspsychologische Perspektive erfasst Partizipation im Zusammenhang von Lernen, Bildung und Erziehung. Der Aspekt der Erziehung impliziert hierbei einen Objektstatus der Kinder und Jugendlichen, da man ihnen gesellschaftliche Werte und Normen vermitteln müsse. Im Gegensatz dazu beschreibt Bildung einen Prozess, bei dem sich Individuen selbstständig eigene Werteorientierungen aneignen und daraus ihre persönliche Lebensform entwickeln können. Hier lässt sich ein Spannungsfeld zwischen Objekt- und Subjektorientierung feststellen, was als klassisches pädagogisches Dilemma oder auch als „Partizipations-Paradoxon“ bezeichnet werden kann. Dabei wird den jungen Menschen von den Pädagogen und Pädagoginnen unterstellt, dass sie über maximale Selbstständigkeit und Verantwortungsfähigkeit verfügen würden und gleichzeitig wird ihnen aber auch Begrenztheit zugerechnet. Es ist ein zentrales Ziel der Pädagogik zur Selbstbestimmung

anzuregen und diese auch zu fördern und zu fordern. Dies kann nur gelingen, indem man Kindern und Jugendlichen auch Mündigkeit zuspricht und ihnen somit die Chance auf selbstbestimmtes Handeln ermöglicht, auch wenn sie Fähigkeiten zur demokratischen Teilhabe erst noch erlernen müssen. Demnach werden sie weniger als defizitär und erziehungsbedürftig gesehen, sondern als eigenständig handelnde Subjekte (vgl. Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V., 6).

Besonders dort, wo es um die Stärkung von Adressaten*innen innerhalb eines Expertensystems geht, gewannen emanzipatorische Partizipationsmotive zunehmend an Bedeutung. Dies führte unter anderem dazu, dass sich das Bild von Adressaten*innen gewandelt und ihre Bedürfnisse und Interessen mehr Gehör bekamen.

Eines der besten Beispiele für diese pädagogisch-entwicklungspsychologische Perspektive stellt das Salutogenese-Konzept von Antonovsky (1997) dar. In diesem Konzept werden die Menschen als Gestalter*innen ihrer eigenen Lebenssituation betrachtet. Es wird angenommen, dass sich Menschen umso gesünder und wohler fühlen, je mehr Möglichkeiten sie haben, die Welt und ihr eigenes Leben zu verstehen und beeinflussen zu können. Dieses Empfinden wird im Salutogenese-Konzept als „Kohärenzgefühl“ bezeichnet. Für die Herausbildung dieses Kohärenzgefühls sind drei zentrale Komponenten von Bedeutung, welche empirisch identifiziert wurden: Die Verstehbarkeit, die Handhabbarkeit und die Bedeutsamkeit. Mit Verstehbarkeit ist hier das Begreifen und Verstehen der inneren und äußeren Welt, in der man lebt, gemeint. Unter Handhabbarkeit ist das Ausmaß des Zutrauens in die eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten zu verstehen, welche benötigt werden, um bestimmten Anforderungen gerecht zu werden und bezieht sich demnach auf das Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl von Menschen. Die Bedeutsamkeit gilt als ein Maß dafür, wie sinnvoll Menschen ihr eigenes Leben einschätzen. Um die Bildung und Stärkung dieses Kohärenzgefühls zu ermöglichen sind Erfahrungen wie Konsistenz, eine Balance zwischen Unter- und Überforderung und die Teilhabe an Gestaltungsprozessen besonders bedeutend. Innerhalb dieses Modells stellt Partizipation die Voraussetzung für ein gesundes Leben dar, bei dem der Schwerpunkt auf die aktiven Gestaltungsmöglichkeiten für die eigenen Lebensbedingungen der Individuen liegt (vgl. Betz/Geiser/Pluto 2011, 13).

Neben der pädagogisch-entwicklungspsychologischen Perspektive ist noch die demokratietheoretische Perspektive zu nennen, welche ebenfalls Partizipation als einen Wert an sich betrachtet, indem sie Partizipation aus den Bürgerrechten, spezifischer aus den Kinderrechten, ableitet. Daraus resultiert, dass Partizipation als ein Recht und als Grundlage für demokratische Gesellschaften verstanden wird. Es ist also ein permanenter Lernprozess für Kinder und Jugendliche, sich als aktive Subjekte in die demokratischen Entscheidungsprozesse einzubringen und dementsprechend selbstverantwortlich zu handeln. Daher muss Partizipation immer freiwillig sein und darf niemals aufgezwungen werden. Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit haben, selbst entscheiden zu können, wann sie das Recht auf Beteiligung in Anspruch nehmen wollen. Ähnlich wie bei der bereits aufgeführten Definition von Partizipation des Bundesjugendkuratoriums aus den begrifflichen Bestimmungen dieses Kapitels, wird Demokratie hier nicht nur als Staatsform, sondern auch als Lebensform verstanden. Demokratie ist demnach ein Prozess, der als „Alltagsdemokratie“ oder auch „Nahraumdemokratie“ bezeichnet werden kann, bei dem permanentes Lernen und Selbstorganisation die Grundlage bilden (vgl. Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V, 7).

„Demokratische Kompetenzen werden nicht in einmaligen Veranstaltungen gelernt, sondern im täglichen Miteinander.“ (Knauer/Brandt 1998, 82) Demnach muss Partizipation für die Beteiligten im Alltag unmittelbar erfahrbar werden, weshalb die Orientierung an den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen essentiell und notwendig ist. Neben der Gestaltung des alltäglichen Umfelds und der Beteiligung an Entscheidungen, von denen die jungen Menschen selbst betroffen sind, ist es mindestens genauso wichtig, auch Einfluss auf Aspekte des Lebens in einer größeren Gemeinschaft nehmen zu können, wie zum Beispiel bei der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen. Im demokratietheoretischen Verständnis von Partizipation würde das demzufolge „Teilen von Macht“ implizieren. Das Recht auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen kann nur dann angemessen anerkannt werden, wenn die politischen Entscheidungsträger auch dazu bereit sind einen Teil der Macht abzugeben. (vgl. ebd.)

Abschließend muss man sagen, dass aktuelle Begründungen von Partizipation auf Grundlage von Ableitungen aus den jeweiligen Perspektiven, neben emanzipatorisch

ausgerichteten Zielen, wie Autonomie und Selbstbestimmung, auch immer Ziele der Stabilisierung und Integration miteinschließen können (vgl. ebd., 6).

4. Akteurschaft von Kindern und Jugendlichen

Aus den vorigen Kapiteln ließ sich erkennen, dass eine gelingende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen von vielen verschiedenen Faktoren abhängig sein kann. Strukturelle Gegebenheiten und Rahmenbedingungen der Gesellschaft bestimmen das Leben von jungen Menschen, aber auch individuelle Haltungen und bestimmte Vorstellungen von Kindheit haben großen Einfluss darauf, inwieweit Kindern und Jugendlichen ihr Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung ermöglicht wird. Oftmals wird ihnen dabei, wie bereits beschrieben, ein Objektstatus zugerechnet, ohne ihre eigene und individuelle Handlungsmacht wirklich zu berücksichtigen. Allerdings muss man sagen, dass auch, wenn es zwar determinierende Strukturen für Kinder und Jugendliche gibt, sie ihnen dennoch nicht gänzlich hilflos ausgeliefert sein müssen. Sie können auch, entgegen dominierenden Vorstellungen, welche von einer primären Schutzbedürftigkeit ausgehen, Handlungsmacht besitzen, mit der sie ihr eigenes Leben und Umfeld gestalten können. Innerhalb dieser Vorstellungen werden Kinder als Akteure wahrgenommen, die sich aktiv in die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen einbringen können.

Das Konzept des Kindes als Akteur, welches auch als kindliche „agency“ bezeichnet werden kann, stellt in der neuen Kindheitsforschung eine zentrale theoretische Kategorie dar, innerhalb derer sich die eigenständigen Leistungen der Kinder in ihren Lebenswelten und in ihren Sozialisations- und Bildungsprozessen thematisieren lassen (vgl. Hungerland/Kelle 2014, 227).

Kindheitswissenschaftliche und kindheitssoziologische Analysen verwenden die Kategorie der Akteurschaft von Kindern und sprechen ihnen somit einen Subjektstatus zu, in dem Kinder als „Seiende“ und nicht als „Werdende“ verstanden und betrachtet werden.

„Anders als in den entwicklungsbezogenen Wissenschaften geht es bei der Betonung der ‚Akteurschaft‘ oder ‚agency‘ von Kindern in der erweiterten soziologischen Perspektive also darum, dass das Handeln von Kindern auch in

den Interaktionen mit und zwischen Erwachsenen, also für Sozialität allgemein, Konsequenzen zeitigt.“ (ebd., 228)

In den folgenden Ausführungen werden theoretische Konzepte erläutert, mit denen sich eine Akteurschaft bzw. agency von Kindern beschreiben und begründen lassen kann. Außerdem soll in diesem Zuge noch der Zusammenhang zur generationalen Differenz in den Blick genommen und beschrieben werden.

4.1. Vorstellungen von agency

Das Phänomen der Akteurschaft von Kindern lässt sich aus verschiedenen theoretischen Konzepten und Zugängen heraus beschreiben und verstehen. Die folgenden Ausführungen wollen deshalb auf unterschiedliche Sichtweisen von agency eingehen und sie auf ihre Anschlussfähigkeit in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung hin untersuchen.

Agency in substantialistischer Betrachtung:

Die substantialistische Perspektive, stellt das bisher dominierende Verständnis von agency in der Kindheitsforschung dar. Die soziale Handlungsfähigkeit von Kindern wird anerkannt und ihnen als subjektive Eigenschaft zugeschrieben, welche sie von Geburt an besitzen. Akteurschaft kann in diesem Zusammenhang als etwas beschrieben werden, *„...was in Kindern als Potenz vor allen anderen Entwicklungsschritten, vor Sozialisation und Erziehung angelegt ist, ...“* (Krappmann 2002, 98).

Diese Eigenschaft ist den Kindern demnach vorsozial gegeben. Wenn Kinder aufwachsen und in ihre soziale Welt, bestehend zum Beispiel aus Familie, Kindergarten oder Schule, eintreten, so droht diese urangelegte Handlungsfähigkeit, von sozialen Konfliktfeldern zerrieben und abgebaut zu werden (vgl. Eßer 2009, 12).

Dabei kann es sich um Eigenschaften von Kindern handeln, wie *„ihre zunächst frische Herangehensweise an Neues, ihren Hunger auf Erfahrungen, ihre Fähigkeit zu staunen und zu erschrecken, ihre Freude und ihren Schmerz“* (Krappmann 2002, 97).

Kinder haben also, auf natürliche Weise von Geburt an, positive und widerständige Eigenschaften in sich und geraten dann im weiteren Verlauf ihres Lebens in Konflikte mit den Zwängen des sozialen Lebens und der Gesellschaft. Diese Vorstellungen von agency lassen sich einer soziologischen Tradition zuordnen, welche agency als

Gegenbegriff zu Struktur oder auch „structure“ konzipiert. Dabei handelt es sich um ein dichotomes Verständnis, welches auf der einen Seite Kinder und Jugendliche mit ihrer angeborenen agency als aktiv handelnde Personen betrachtet und auf der anderen Seite gesellschaftliche Strukturen beschreibt, welche diese agency gefährden und unterdrücken (vgl. Eßer 2009, 12f).

Die substantialistische Ansicht von agency wurde jedoch stark kritisiert und sah sich mit Vorwürfen einer sogenannten „Romantisierung von Kindheit“ (vgl. Baader 2004, 426) konfrontiert.

Diese Vorstellung von agency stellt sich außerdem auch nicht als sehr anschlussfähig für die hier vorliegende Arbeit heraus, da sie sich lediglich auf eine personale Ebene beschränkt, wodurch sie als eine Art anthropologische Konstante verstanden wird. Konkrete Situationen, in denen sich Handlungsfähigkeit innerhalb bestimmter Interaktionen und Wechselwirkung mit anderen Akteuren bildet, werden dabei außer Acht gelassen. Es braucht weiterführende Konzepte, welche Kinder als sich entwickelnde Individuen begreifen, ohne sie lediglich auf naturalistische Eigenschaften zu beschränken. Das relationale und dynamische Verhältnis zwischen sozialen Akteuren in vorgegebenen, konstruierten und sich verändernden Kontexten muss demnach stärker in die soziologischen Analysen einbezogen und beschrieben werden (vgl. Eßer 2009, 13).

Vorstellung der Dualität von agency und structure:

Einer der ersten Versuche, das zuvor kritisierte dichotome Verständnis von agency und structure zu überwinden, stellte der Soziologe Anthony Giddens 1997 mit seinem strukturorientierten Konzept von agency dar. Damit löste er sich von der Vorstellung ab, das Phänomen der agency von Kindern lediglich auf personaler Ebene zu verorten, sondern beschreibt es als einen sozialen Prozess, in dem Handlungsfähigkeit dynamisch und interaktiv hergestellt wird. Dadurch wird agency nicht mehr als etwas ursprünglich Vorhandenes, sondern als etwas Konstruiertes verstanden. Giddens schreibt Struktur bzw. structure einen dualen Charakter zu, bei dem Strukturen sowohl als Medium, aber auch als Resultat des Verhaltens von Individuen betrachtet werden und können somit zugleich als begrenzend, aber auch als ermöglichend verstanden werden (vgl. ebd., 14). Dadurch sieht er Struktur nicht nur als bloße Rahmenbedingung, welche menschliches Handeln umgibt, sondern erkennt deren Bedeutung für die Produktion und Reproduktion

des Handelns der Menschen. „*Derlei Handeln setzt für ihn ein Individuum voraus, das sich auf der Grundlage kontingenter Entscheidungen als Akteur verhalten kann.*“ (ebd., 14)

Dadurch entfernt er sich von der Determiniertheit der agency und räumt den Individuen Handlungsspielräume ein. Auf Kinder und Jugendliche übertragen würde das bedeuten, dass ihre Handlungsmacht keineswegs bloß vorbestimmt oder abhängig von den Strukturen ist, sondern dass sie in konkreten Situationen mehrere Handlungsoptionen besitzen und sich demnach auch jedes Mal anders verhalten könnten. Entgegen der substantialistischen Sichtweise kann agency durch die Interaktion und das Verhältnis zu bestimmten Institutionen (structure) beschrieben werden. Dadurch kann ein relationales Verständnis von agency erzeugt werden (vgl. ebd., 14).

Allerdings wurde auch dieses erweiterte Konzept von agency deutlich kritisiert. Zwar konnten durch das strukturorientierte Konzept von Giddens die Phänomene agency und structure in ein neues Verhältnis zueinander gesetzt werden, allerdings bleibt selbst mit Hilfe dieses ausdifferenzierten Dualismus die Dimension der konkreten Interaktion außerhalb der theoretischen Analysen (vgl. ebd., 14f).

Vorstellung von agency in der sozialen Wirklichkeit:

Das wohl prominenteste Konzept um die konkreten Interaktionsmuster besser beschreiben zu können, liefert das interaktionistische Konzept von Emirbayer und Mische von 1998. Laut diesem Konzept lässt sich der agency-Begriff zeitlich kontextualisieren (vgl. Homfeldt/Schröer/Schwepe 2008, 9).

Demnach wäre menschliches Handeln integriert in drei zeitliche Elemente: die Vergangenheit (iterational element), die Gegenwart (practical-evaluative element) und die Zukunft (projective element). Beim iterational element werden vergangene Muster von Verhalten und Gedanken selektiv reaktiviert. Das Individuum kann sich durch Rückgriff auf Erfahrungen aus der Vergangenheit für eine bestimmte Handlung entscheiden. Das practical-evaluative element zielt auf die Fähigkeiten von Akteuren ab, innerhalb vielfältiger Handlungsoptionen und –anforderungen praktische und normative Urteile zu fällen. Beim projective element entwickeln die Akteure in ihrer gegenwärtigen Situation Vorstellungen und Prognosen für ihr zukünftiges Leben und richten dementsprechend ihr Handeln aus (vgl. Eßer 2009, 15).

Der Ethnograph William Corsaro benutzte dieses theoretische Konzept bei seinen Untersuchungen von kindlichen peer-Kulturen in italienischen und amerikanischen Vorschulklassen, für die Auswertung seiner Interaktionsprotokolle. Dort ließen sich die eben skizzierten zeitlichen Elemente in den Interaktionen der Kinder wiederfinden.

So gelang es Kindern zum Beispiel, entsprechend des *iterational element* gemeinsame Fantasienspiele auf Grundlage gemeinsamen Wissens von Themen auszuführen (zum Beispiel Gefahr-Rettung, verloren-gefunden, usw.). Dieses Wissen bildet sich durch einen gemeinsamen Medienkonsum und aufgrund einer kollektiv etablierten Spielpraxis (vgl. Eßer 2008, 140 & Eßer 2009, 169).

Das *practical-evaluative element* wird von Corsaro mit einer Beobachtungssequenz beschrieben, bei der sich die Kinder zu Anfang mit frisch gemähtem Gras bewerfen. Die anfänglich als Spiel gestartete Sequenz wandelte sich dann relativ schnell in einen Streit zwischen zwei Gruppen von Kindern um. Eines der Kinder bat dann einem Kind der anderen Gruppe Frieden an, was für beide Gruppen eine bis dahin noch unerprobte Konfliktlösungsstrategie darstellte. Nun waren beide Gruppen gefragt eine angemessene Reaktion auf diesen Vorschlag zu finden und entschieden sich für ein gemeinsames Händeschütteln (vgl. ebd.).

Das *projective element* ließ sich bei den Untersuchungen Corsaro's unter anderem in einer konflikthafter Diskussion zwischen Kindern erkennen. Dabei entwarfen zwei Jungen alternative Vorstellungen von sich selbst in der Zukunft, um der Frage nach gehen zu können, ob das Spielen mit Legosteinen angesichts der bevorstehenden Einschulung noch ein altersangemessenes Spielzeug sei (vgl. ebd.).

Innerhalb des hier dargestellten interaktionistischen Konzepts nach Emirbayer und Mische gilt es die drei zeitlichen Dimensionen, die von ihnen auch als „Akkord-Dreiklang“ von Zeit bezeichnet werden, immer wieder neu aufeinander abzustimmen (vgl. Homfeldt/Schröer/Schwepe 2008, 9).

„Auf der Grundlage einer solchen Abstimmung vollziehen sich Interaktionsprozesse, die gleichzeitig durch die fields of practice bedingt sind, die wiederum durch die agency der Akteure beeinflusst werden.“ (ebd., 9)

Agency in der sozialen Wirklichkeit bekommt, anders als bei dem strukturorientierten Konzept nach Giddens, durch das interaktionistische Konzept einen kollektiven Charakter. So sprechen Emirbayer und Mische zum Beispiel immer im Plural von

Akteuren und betonen dadurch diesen kollektiven Charakter. Demnach ließen sich die Giddens'schen Theorien zu agency unter dem Aspekt einer individuellen agency fassen, da hier die Autonomie der Akteure, sich in bestimmten Situationen anders entscheiden zu können, im Mittelpunkt steht (vgl. Eßer 2009, 16).

Agency lässt sich demnach sowohl individuell, als auch kollektiv verankern. So sind Kinder und Jugendliche zwar autonom handelnde Individuen, können aber auch gleichzeitig Mitglieder von Familien, Schulklassen, Gemeinden oder Sportvereinen sein (vgl. Homfeldt/Schröer/Schwepe 2008, 9).

So können Kinder und Jugendliche in Beteiligungsprozessen ihre eigenen individuellen Interessen, aber auch Interessen im Sinne einer ihnen zugehörigen Gemeinschaft vertreten.

4.2. Agency und generationale Differenz

Wenn es darum geht, einen Zusammenhang zwischen agency und Kindheit herzustellen, so ist es auch notwendig die generationale Ebene mit einzubeziehen. Dabei ist es entscheidend, ob man entweder als Kind oder als Erwachsener gilt, da die Handlungsmöglichkeiten dadurch signifikant beeinträchtigt werden können. Besonders auf sozialpädagogische Settings übertragen, könnte dieser Aspekt eine starke Gewichtung bekommen. Es geht dabei darum, dass durch Erwachsene absichtsvoll institutionelle und erzieherische Räume für die Kinder bzw. für die jüngere Generation konstruiert werden. Derartige Institutionen können auch als soziale Orte aufgefasst werden, welche durch Interaktionen von Kindern und Erwachsenen gestaltet werden und innerhalb derer Kindern und Erwachsenen bestimmte Positionen zugewiesen werden (vgl. Eßer 2008, 141f & Eßer 2009, 18).

Allerdings lässt sich in diesem Kontext wieder ein dichotomes Verständnis von agency und structure erkennen, da sich das Kind als Akteur den Institutionen der Erwachsenen gegenübergestellt sieht (vgl. Eßer 2009, 18).

Es war daher notwendig ein anschlussfähiges Konzept von Generationalität zu entwickeln, bei der die Frage was Kinder zu Kindern macht, näher in den Blick genommen werden kann. Dabei bleibt die Auswahl derartiger Konzepte sehr beschränkt. So lassen sich lediglich Ansätze finden, die Kindheit als Phänomen auf der strukturellen Ebene hinterfragen und dabei Kindheit, als eigenständige (soziale) Kategorie, in Relation

zu anderen setzt. Allerdings wird dabei die Tatsache, dass das Soziale generational konstruiert und strukturiert ist, viel zu selbstverständlich hingenommen und nicht weiter hinterfragt (vgl. Eßer 2008, 142).

Studien, welche sich explizit mit Kinderkulturen auseinandersetzen wollen, beinhalten implizit Fragen nach Generationalität. Um diese Kulturen näher erforschen zu können, müssen Forscher und Forscherinnen vor allem Orte in den Blick nehmen, welche sich durch die Abwesenheit von Erwachsenen auszeichnen, wie zum Beispiel Spielplätze oder der Pausenhof. Dabei wird die Welt der Erwachsenen von der Welt der Kinder getrennt betrachtet, um eine eigenständige, kindliche Welt in den Blick bekommen zu können. Dadurch könnte der Eindruck entstehen, dass es sich um autonome Welten handeln würde. Allerdings wird hierbei durch diese bewussten Abgrenzungen auch gleichzeitig impliziert, dass Lebensbereiche, welche von Kindern und Erwachsenen gemeinsam besetzt sind, stark von Intergenerationalität gekennzeichnet sind. Das würde bedeuten, dass konkrete Situationen von Erwachsenen derartig beeinflusst werden können, dass dadurch kein natürliches, kindliches Verhalten mehr beobachtet werden kann (vgl. Eßer 2008, 142f & Eßer 2009, 19).

Es werden dadurch letztendlich wichtige Lebens- und Erfahrungsbereiche ausgelassen, welche nicht nur für Kinder und deren Peergruppen relevant wären, sondern die auch in den Mittelpunkt pädagogischer Forschung fallen würden. Eine derart unhinterfragte Perspektive auf Generationalität würde mit der bereits beschriebenen substantialistischen Vorstellung von agency einhergehen (vgl. ebd.).

„Eine als ursprünglich angenommene kindliche Sozialität wird Situationen entgegengesetzt, in denen eine Beteiligung von Erwachsenen die ‚agency von Kindern‘ korrumpiert.“ (Eßer 2009, 19)

Neben Bemühungen nach einer Vermittlung der Struktur- und Akteursdimension gibt es noch weitere Ansätze, welche eine reflexive Theoretisierung und eine Relationierung des Generationenbegriffs vornehmen wollen. Hierbei wäre für den deutschsprachigen Raum vor allem der Erziehungswissenschaftler Michael-Sebastian Honig zu nennen. Er bemühte sich um einen Begriff von Kindheit, welcher generational bestimmt ist und der Kinder und Kindheit außerhalb von Erziehung fassen kann, wodurch er die Bildung von generationalen Verhältnissen als kontingente Prozesse in das Zentrum der Forschung rückt (vgl. Eßer 2008, 143).

Elemente einer pädagogischen Denkweise von Kindern sollen laut Honig als Momente einer diskursiven Praxis von Institutionalisierung begriffen werden. Institutionalisierung soll sich hierbei auf „*politisch rechtliche und interaktive Prozesse der Gestaltung und Weiterentwicklung von Lebensformen*“ (Eßer 2009, 20) beziehen und kann im Zusammenhang mit dem Phänomen Kindheit nicht ohne einen generationalen Bezug verstanden werden (vgl. ebd.).

Diese Auffassung von Honig eignet sich als anschlussfähig für dualistische Betrachtungen von agency und structure, wie sie in der strukturorientierten Vorstellung nach Giddens bereits beschrieben wurden. Erkenntnisse zum Zusammenhang von Akteurs- und Strukturebene ließen sich dabei auf Fragen der Generationalität hin ausweiten. Demnach wären Kinder nicht nur an der Produktion von Kindheit beteiligt, sondern würden auch gleichzeitig selbst von ihrer Kindheit gemacht werden. Institutionalisierung von Kindheit bedeutet in diesem Zusammenhang nicht nur die Begrenzung von Handlungsmöglichkeiten von Kindern, sondern stellt auch gleichzeitig die Bedingungen der Handlungsmöglichkeiten von Kindern dar. Außerdem soll Kindheit als Institution nicht einfach nur als geschlossenes und starres Gebilde aufgefasst werden. Kindheit besitzt vielfältige Ebenen und Schichten, welche von den jeweiligen Subjekten unterschiedlich bewusst wahrgenommen werden und auch in unterschiedlicher Ausprägung von ihnen veränderbar sind (vgl. Eßer 2008, 144).

Weitere Versuche eine empirische Realisierung des Generationenbegriffs vorzunehmen schließen an die Frage Honigs an „*Wie wird die Unterscheidung von Kindern und Erwachsenen sozial organisiert?*“ (Honig 1999, 214)

Erweiternd dazu fordert die Erziehungswissenschaftlerin Helga Kelle eine interaktionstheoretische Dynamisierung der Frage von Honig. So fragt sie: „*Was leistet die Unterscheidung von Kindern und Erwachsenen im sozialen Alltag? Wie strukturiert sie soziale Situationen und Institutionen?*“ (Kelle 2005, 101)

Die Art und Weise, wie derartige Unterscheidungen von Kindern und Erwachsenen in konkreten Interaktionen produziert und reproduziert werden, müsste in Anlehnung an Kelle's Fragestellung hinterfragt werden. Generationalität wäre in diesem Verständnis eine gelebte Ordnung, welche im konkreten Zusammenspiel von Akteuren gleicher oder unterschiedlicher Generation erfahrbar wird. Dadurch wird Generationalität als eine Hervorbringung bestimmter Ordnungen beschrieben, welche sich durch kulturelle Praxen

ausbilden. Demnach wird nicht nur das Verhältnis von Kind und Kindheit relational beschrieben, sondern auch das Verhältnis von Kindern und Erwachsenen, wobei die jeweilige Generation immer auf ihren Gegenpart hin verwiesen bleibt (vgl. Eßer 2008, 144f & Eßer 2009, 21).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Kategorie „Kind“ eine relationale und diskursive Kategorie darstellt. Dabei ist eine Unterscheidung von Erwachsenen und Kindern bedeutend für die Selbst- und Fremdkonstitution von Kindern als soziale Akteure und für ihre konkreten Handlungsmöglichkeiten und -anforderungen. Dabei muss die Hervorbringung einer generationalen Ordnung nicht primär konflikthaft verlaufen. Das Verhältnis zwischen Kindern und Erwachsenen ist zwar auch von differierenden Vorstellungen und Momenten der Abgrenzung gekennzeichnet, allerdings lassen Generationendifferenzen auch produktive Momente für ein gemeinsames und generationenübergreifendes Handeln zu (vgl. Eßer 2009, 23).

5. Praxisbeispiel: Projekt „Jugend gestaltet Altmark“

Nach dem theoretischen Teil der Arbeit folgt nun ein kleiner Exkurs in die Praxis.

Wie ließe sich gelingende Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Kommune nachhaltig fördern? Welche Schritte sind dazu erforderlich und wie könnte man sie umsetzen? In diesem Zusammenhang soll das Beteiligungsprojekt „Jugend gestaltet Altmark“ vorgestellt werden, welches in der Einheitsgemeinde Tangerhütte im Landkreis Stendal durchgeführt wurde. Projektträger war der Verein Kinderstärken e.V. aus Stendal, welcher auch gleichzeitig ein Institut an der Hochschule Magdeburg-Stendal ist und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den angewandten Kindheitswissenschaften in seinen Reihen hat. Im Projektzeitraum von April 2016 bis April 2017 nahmen insgesamt 96 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen fünf und 25 Jahren am Projekt teil. Es soll auf den folgenden Seiten die Projektbeschreibung und Durchführung dargestellt werden. Abschließend werden noch die Projektergebnisse vorgestellt. Hierzu wurden die Materialien und Berichte des Kinder Stärken e.V. genutzt, welche im Anhang wieder zu finden sind.

5.1. Projektbeschreibung

Im Grundlegenden beschäftigt sich das Projekt „Jugend gestaltet Altmark“ mit der Sicherung des Rechts auf Teilhabe und Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche in der Kommune. Es gibt, wie bereits im Kapitel zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen aufgezeigt, einige rechtliche Bestimmungen auf internationaler und nationaler Ebene, wie in der UN Kinderrechtskonvention und im Kinder- und Jugendhilfegesetz, welche Kindern und Jugendlichen ein Recht auf Beteiligung und Teilhabe zusprechen. Besonders sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, aber auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung haben es zunehmend schwerer, durch familiäre und ökonomische Zusatzbelastungen ihr Recht auf Beteiligung wahrzunehmen. Hinzu kommen die besonderen Bedingungen des ländlichen Raums, welche Beteiligung schwerer machen, als im städtischen Raum. Zusätzlich ist die Kommunalpolitik eher weniger kinder- und jugendgerecht gestaltet und so sind es meistens die Erwachsenen, die die Entscheidungen treffen, ohne die jüngere Generation wirklich mit einzubinden. Darüber hinaus sind Kinder und Jugendliche derzeit in Angelegenheiten, wie der Einkommensverteilung und der Angebotskonzeptionierung, noch zu sehr vom Wohlwollen erwachsener Entscheidungsträger abhängig, wodurch ihre ökonomische Abhängigkeit verstärkt und ihre Chance auf gesellschaftliche Teilhabe begrenzt wird.

Auf dieser Problemlage soll das Projekt „Jugend gestaltet Altmark“ nun aufbauen und ansetzen. Entwicklungsrisiken wie soziale Isolation, negatives Gesundheitsverhalten, Perspektivlosigkeit, Schulversagen oder Delinquenz können Folgen mangelnder Beteiligungsmöglichkeiten und somit fehlender Selbstwirksamkeitserfahrungen der Kinder und Jugendlichen sein. Umso wichtiger ist es, eine gesunde Beteiligungskultur in den Kommunen zu etablieren, um diesen eventuellen Folgeschäden entgegenwirken zu können.

Im §79a des SGB VIII ist es vorgesehen, für alle Aufgaben und Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe einen kontinuierlichen Qualitätsentwicklungsprozess zu durchlaufen. Das Projekt zielt dabei auf eine Auseinandersetzung mit den vorhandenen Angeboten für Kinder und Jugendliche, mit den Kindern und Jugendlichen selbst, und mit dem individuellen Teilhabeerleben der Kinder und Jugendlichen ab. Als Experten ihrer eigenen Lebenswelt sollen sie die bereits bestehenden Angebote bewerten und mit fachlicher Unterstützung und Begleitung lernen, wie die Veränderungsvorschläge

angemessen artikuliert und den wichtigen politischen Entscheidungsträgern nähergebracht werden können. Damit beteiligt sich das Projekt direkt an dem in §79a geforderten Qualitätsentwicklungsprozess und knüpft somit auch an der Fortschreibung der Jugendhilfeplanung mit an. Ebenso wird an die Forderungen der UN Kinderrechtskonvention angeknüpft, wonach Kinder in Angelegenheiten, von denen sie selbst betroffen sind, angehört werden und ihre Meinung bei Entscheidungsprozessen mitberücksichtigt werden soll. Das Projekt könnte auch für die qualitative Bewertung von Angeboten in der Kinder- und Jugendarbeit einen sehr wichtigen Beitrag leisten, da die spezifischen Perspektiven von Kindern und Jugendlichen selbst mit ihren Bewertungen und Beteiligungswünschen konkret herausgestellt werden sollen.

Es soll dazu beigetragen werden, dass die Kommune mit ihren kindheitsspezifischen Einrichtungen angemessene Angebote konzipieren und entwickeln kann und dass es genügend Raum gibt, der es ermöglicht, diese Angebote von den Nutzern, also von den Kindern und Jugendlichen der Kommune, bewerten zu lassen. Außerdem sollen Kinder und Jugendliche während dieser Prozesse ständig mit eingebunden und beteiligt werden.

Die Ziele des Projekts sind in der Projektskizze wie folgt beschrieben:

„In einem partizipativ angelegten Prozess findet gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen eine Betrachtung des Themas Teilhabe und eine Auseinandersetzung mit den sich daraus ergebenden Bedarfen an Angeboten und Strukturen statt.

Ziel 1:

Das Projekt zielt auf die Auseinandersetzung der Kinder und Jugendlichen mit den Themen Armut und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dabei stehen ihr subjektives Erleben und ihre Sicht auf ihre Teilhabemöglichkeiten sowie den Ausschluss davon im Mittelpunkt.

Ziel 2:

Auf Grundlage der subjektiven Bewertungen werden Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie von Vereinen im ländlichen Raum von den Kindern und Jugendlichen auf ihre Unterstützungs- und Teilhabemöglichkeiten hin untersucht.

Ziel 3:

Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen sowie kommunalen Verantwortungsträger_innen und Mitarbeiter_innen in den Einrichtungen/ Vereinen vor Ort werden Angebote überarbeitet und neu strukturiert.

Ziel 4:

Im Anschluss an das Projekt weisen die Angebote in der Region eine größere Nutzerorientierung auf. Strukturen für eine kontinuierliche Einbindung von Kindern und Jugendlichen sind etabliert. Fachkräfte verfügen über entsprechendes Wissen und die Methoden.

Ziel 5:

Ergebnisse des Projektes werden so aufgearbeitet, dass sie für administrative als auch für vor Ort handelnde Personen eine Hilfe zur Bewertung und Neuorganisation von Angeboten darstellen. Der gesamte Projektverlauf wird mit den beteiligten Kindern und Jugendlichen strukturiert und geplant.“

5.2. Durchführung

Für die Umsetzung der Projektidee kam es während der einjährigen Projektlaufzeit zu regelmäßigen Einsätzen in Tangerhütte, Bittkau und Lüderitz. In diesen drei Ortschaften der Einheitsgemeinde Tangerhütte wurden viele Treffen und Workshops in verschiedenen Jugendgruppen durchgeführt. Der Zugang wurde mit Hilfe der ansässigen Akteure aus der Kinder- und Jugendarbeit gestaltet, sodass der Verein überwiegend in den Jugendclubs der jeweiligen Orte präsent sein konnte. Die Hauptthemen bei den Treffen und Aktionen mit den Kindern und Jugendlichen waren unter anderem gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten, Freizeitgestaltung, Armut und ganz allgemein das Leben in der Einheitsgemeinde. Hierbei wurde zu Beginn von den Kindern und Jugendlichen selbst eine Sozialraumanalyse vorgenommen, welche unter Begleitung von Mitarbeitern*innen von Kinder Stärken e.V. und mittels verschiedener Methoden durchgeführt wurde. So wurde unter anderem mit der Methode „Photovoice“ gearbeitet, bei der die Beteiligten mit Fotokameras ausgestattet wurden und durch ihre Wohnorte liefen. Dabei konnten die Kinder und Jugendlichen für sie relevante Eindrücke auf Fotos festhalten, um sie anschließend gemeinsam in einem offenen Austausch nach positiven und negativen Eindrücken zu kategorisieren.

Eine andere Gruppe nutzte als Methode das Computerspiel „Minecraft“. Dies ist ein sehr beliebtes Spiel unter Kindern und Jugendlichen, bei dem man gemeinsam mit anderen Menschen in einer großen Online-Welt, in Anlehnung an das Lego©-Baustein-Prinzip, gemeinsam verschiedene Dinge, wie Gebäude, Spiel- und Sportplätze oder auch Bäume oder Flüsse bauen kann. Die Möglichkeiten sind dabei fast unbegrenzt. Kinder Stärken e.V. brachte die nötige Technik mit zu den Jugendclubs und erstellte für die Beteiligten eine eigene Online-Welt, in der die Kinder und Jugendlichen ihren Ort nachbauen und eigene Wünsche einbringen konnten, um es dementsprechend mit in das virtuelle Stadtbild integrieren zu können.

Es wurden in allen Gruppen, als Anregungen, Fragen an die Kinder und Jugendlichen gestellt, wie:

- *Was gefällt dir besonders gut an deinem Ort? Wo hältst du dich am liebsten auf?*
- *Was findest du nicht so schön? Wie könnte es verbessert werden?*
- *Was sollte verändert werden? Was fehlt hier?*
- *Was würdest du tun, wenn du Bürgermeister*in wärst? Was würdest du verändern wollen?*

Die verschiedenen Methoden wurden dabei sehr flexibel, je nach Interesse der Kinder und Jugendlichen eingesetzt, um den Prozess partizipativ gestalten zu können. Die gesammelten Eindrücke und Ideen der Kinder wurden gemeinsam mit allen Beteiligten in den jeweiligen Ortsgruppen, unter Anleitung der Projektmitarbeiter*innen, reflektiert. Dabei wurden alle Eindrücke sortiert und abschließend in einer Power-Point Präsentation festgehalten. Eine kleine Gruppe von Kindern erstellte auch Plakate mit Bildern und Fotos von ihnen. Diese Materialien wurden dann genutzt, um sie bei einer Kinder- und Jugendkonferenz den politischen Entscheidungsträgern nahe zu bringen und mit ihnen darüber diskutieren zu können. Auf diese Weise konnten die Erwachsenen einen authentischen Einblick darüber bekommen, welche Themen die jüngere Generation beschäftigen und welche Wünsche und Ideen sie mitbringen.

In diesem Zuge wurde zu einzelnen Vorschlägen Patenschaftsverträge von den erwachsenen Entscheidungsträgern unterzeichnet, um die Verantwortungen für bestimmte Vorhaben verbindlicher zu machen. So wurde die Möglichkeit eröffnet, dass sich die Verantwortungstragenden ganz gezielt auf ein bestimmtes Anliegen der Kinder und Jugendlichen konzentrieren und darum kümmern konnten.

Parallel zu der Kinderkonferenz und den regelmäßigen, vorbereitenden Treffen und Workshops, wurden ortsansässige Straßen und Familien-/Kinderfeste genutzt, um zusätzliche Eindrücke über die Lebenssituationen der dort wohnenden jungen Menschen zu bekommen und um zusätzlich mit den dort lebenden Menschen in den Austausch über Teilhabemöglichkeiten kommen zu können. Hierfür wurde auch eine kleine Befragung mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt, welche im nächsten Teil vorgestellt und ausgewertet werden soll.

Neben der Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen, wurde auch gezielt mit den Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit und auch aus der kommunalen Verwaltung aus der Einheitsgemeinde zusammengearbeitet. Hierfür wurde ein regelmäßiges Austauschtreffen organisiert und ins Leben gerufen, bei dem alle wichtigen Akteure zusammenkommen konnten und sich über aktuelle Problemlagen austauschen konnten. Ebenfalls wurden bestehende Angebote der einzelnen Akteure vorgestellt und bedarfsorientiert diskutiert, um bestehende Ressourcen besser bündeln zu können und effektiver aufeinander abzustimmen. Im Abstand von jeweils zwei Monaten fand ein solches Akteurstreffen in den Räumen der Jugendclubs statt. Auch wenn Kinder Stärken e.V. die Organisation und Moderation dieser Treffen zunächst in die Hand nahm, wurde darauf abgezielt, dass sich ein solches Treffen nachhaltig etabliert und von den Akteuren selbst fortgeführt wird.

Des Weiteren fand ein Austausch mit anderen Gemeinden des Landkreises Stendals statt, welche ebenfalls Erfahrungen mit Kinder- und Jugendbeteiligung gemacht haben. Dabei wurde ganz gezielt die Kommunalverwaltung angesprochen. Es konnte sich in diesem Zuge gemeinsam über Möglichkeiten, Formen und Formate von Kinder- und Jugendbeteiligung ausgetauscht werden. Im Fokus stand dabei, wie sich die Partizipation von Kindern und Jugendlichen nachhaltig und langfristig in die Kommunen implementieren lassen könnte.

5.3. Projektergebnisse

Die Ideen und Wünsche der Kinder und Jugendlichen waren entgegen einiger Vorurteile, dass Kinder und Jugendliche zunehmend spaß- und erlebnisorientiert denken würden, eher am Interesse der Allgemeinheit, also am Interesse aller Bürger und Bürgerinnen orientiert. So wurde vor allem viel auf Barrierefreiheit im Ort geachtet und auch auf die

Sauberkeit. Sicherlich betraf dies sehr oft auch Orte und Einrichtungen, welche die Kinder selbst nutzen, jedoch waren die meisten Wünsche realistisch und keinesfalls utopisch. So würde es laut den Aussagen einzelner Kinder in der Konferenz schon ausreichen, wenn auf dem Spielplatz kein Müll und Scherben herumliegen, damit man auch im Sommer barfuß dort spielen kann. Ab und zu kamen auch Forderungen nach einem Kino, nach großen Einkaufsgeschäften oder nach einer Achterbahn zum Vorschein. Je näher man jedoch auf die Forderungen einging und darüber verhandelte, konnte es für die Kinder auch verständlich gemacht werden, dass nicht alles möglich ist und vor allem, dass es dafür auch bestimmte Gründe gibt, die man den Kindern auch angemessen und verständlich erklären konnte.

Im Projekt wurde deutlich, dass viele Kinder und Jugendliche die bereits vorhandenen Angebote nutzen und diese auch für wichtig und positiv empfinden. Demnach wäre eine Erhaltung und Stärkung vorhandener Angebote ebenso wichtig, wie die Etablierung neuer Angebote. Für die Präsentation während der Kinder- und Jugendkonferenz wurden alle gesammelten Eindrücke nach den Kategorien „Treffpunkte“, „Angebote“, „Erscheinungsbild“ und „Lebensstandard“ geordnet. Innerhalb dieser Kategorien konnte eine ausführliche Bewertung der Lebenslagen vor Ort durch die Kinder ermöglicht werden.

Ein Problem, welches nahezu alle beteiligten Kinder feststellten, ist ein fehlender Rückzugsort für Kinder und Jugendliche. So wurde bemängelt, dass es kaum freie Räume gibt, in denen sich die jungen Menschen bewegen und treffen können, ohne dass sie von Erwachsenen „vertrieben“ werden.

Es wurden außerdem auch die besonderen Bedingungen des ländlichen Raums immer wieder deutlich gemacht, welche vor allem als Defizite empfunden werden, welche Teilhabe eher erschweren. Oft wurden zwar auch finanzielle Hürden deutlich gemacht, jedoch ist auch die Mobilität auf dem Land sehr eingeschränkt und wurde entsprechend oft als Einschränkung beschrieben. Einige Angebote sind für viele Kinder und Jugendliche schlecht selbstständig zu erreichen. Die jeweiligen Anfahrtswege, verbunden mit entsprechenden Fahrtkosten, stellen immer wieder Hindernisse bei der Wahrnehmung verschiedenster Angebote in der Einheitsgemeinde dar und sind somit auch ausschlaggebend für eine Benachteiligung.

Ergebnisse der Befragung:

Die Befragung wurde im September 2016 vom Projektteam des Kinder Stärken e.V. ausgewertet. Insgesamt haben 58 Kinder und Jugendliche in der Altersspanne von 6 bis 26 Jahren an der Befragung teilgenommen. Da es natürlich in der Gesamtheit viel mehr Kinder und Jugendliche gibt, welche in der Einheitsgemeinde leben, ist diese Umfrage nicht repräsentativ genug und dient in erster Linie dem Eigeninteresse des Projektteams und der Projektförderer. Im Folgenden werden die Ergebnisse nach den jeweiligen Fragestellungen strukturiert dargestellt. Die Befragten wurden entlang des Fragebogens interviewt. Ihre Antworten wurden vom jeweiligen Interviewer direkt auf dem Bogen notiert, sodass die Befragten nur zu antworten brauchten und nichts selbst ausfüllen mussten.

1. Frage: Was macht ihr in eurer Freizeit?

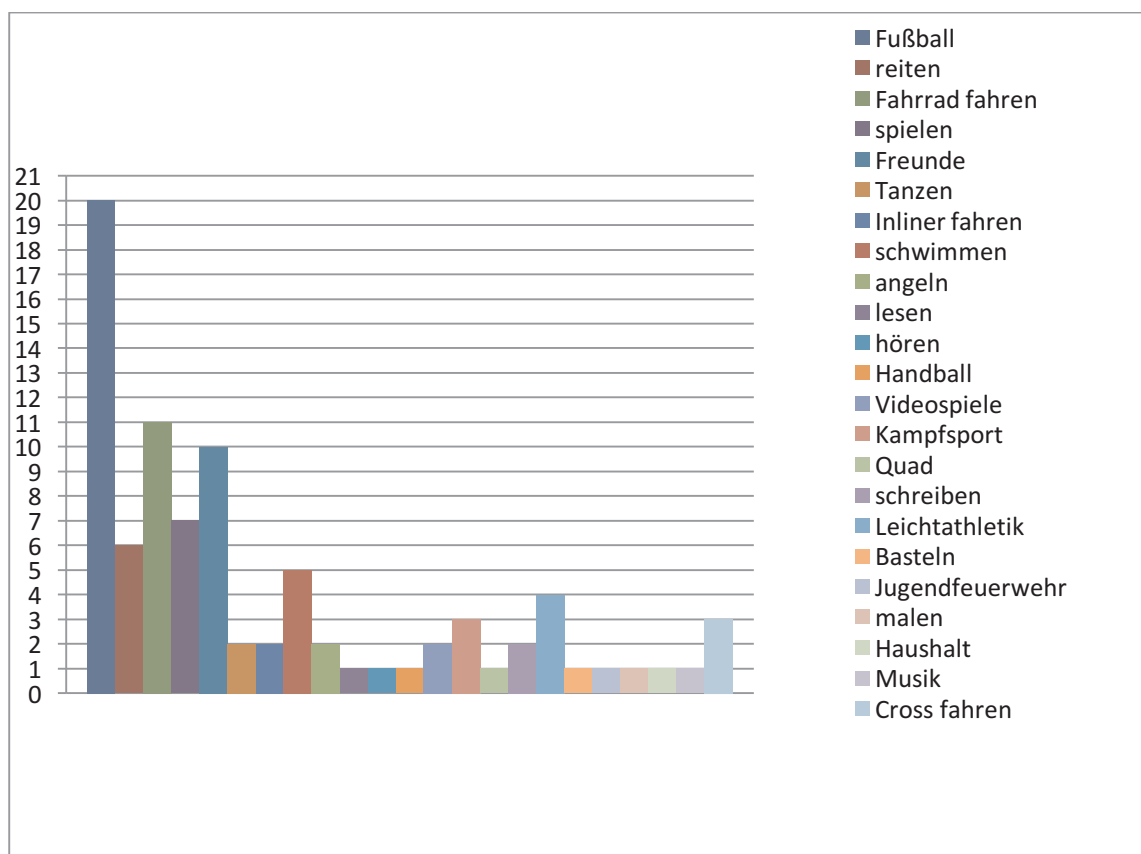


Abbildung 2

Diese Frage wurde offen gestellt, ohne vorgegebene Antwortmöglichkeiten.

Mehrfachantworten waren ebenfalls möglich. In der Abbildung 2 lassen sich die

vielfältigen Freizeitaktivitäten der Kinder gut sichtbar abbilden. Es sind viele verschiedene Antworten auf diese Frage gekommen. Am häufigsten kam die Antwort „Fußballspielen“ vor, dicht gefolgt von „Fahrrad fahren“ und „Freunde treffen“. Die Antworten wie „Musik“, „Haushalt“, „malen“, „Jugendfeuerwehr“, „Basteln“, „Quad fahren“, „Handball“, „hören“ und „lesen“ zählen zu den am wenigsten genannten Freizeitaktivitäten. Hier wird erkennbar, dass einige Aktivitäten aus dem vorhandenen Angebotsspektrum genutzt werden (z.B. „Jugendfeuerwehr“ oder „Leichtathletik“), aber auch viele Aktivitäten von den Kindern selbst initiiert und gestaltet werden (z.B. „lesen“ oder „spielen“)

2. Frage: Bist du in einem Verein aktiv?

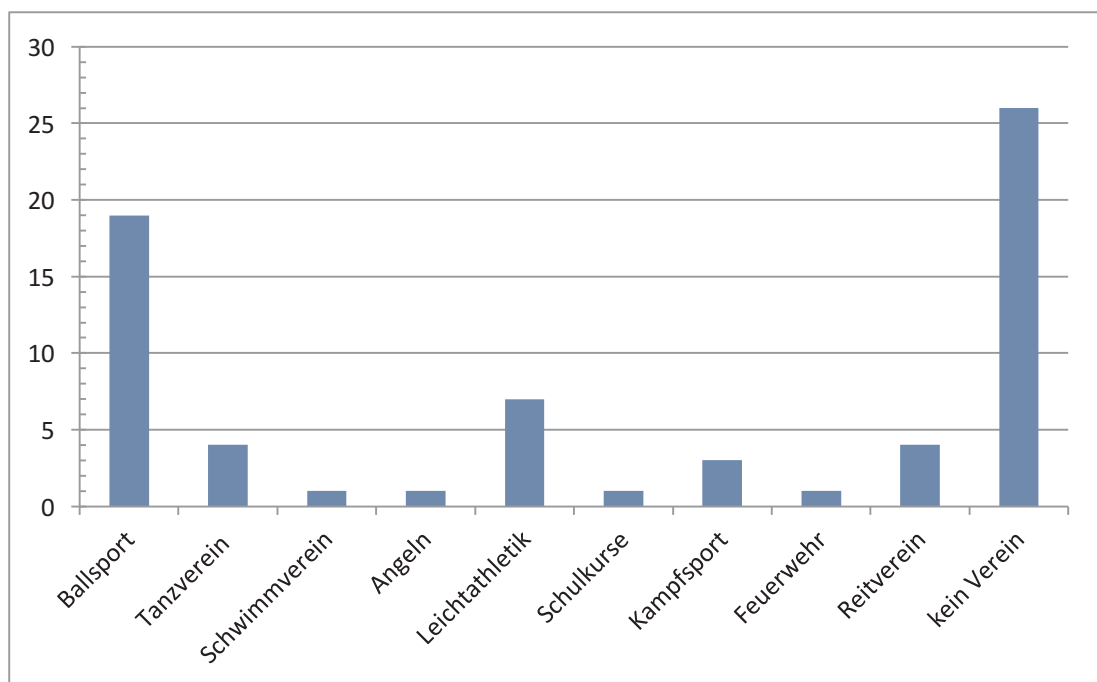


Abbildung 3

Hier wurde konkret nach der Wahrnehmung konkreter Angebote der ansässigen Vereine und Schulen gefragt. Es waren keine Antwortmöglichkeiten vorgegeben, ebenso waren wieder Mehrfachantworten möglich. Die genannten Antworten wurden vom Projektteam nach der Befragung in verschiedene Kategorien sortiert, wie sich in Abbildung 3 erkennen lässt. Auffällig ist hier wieder die große Resonanz an Ballsportarten, von denen Fußball sehr überrepräsentativ vorkam. Aber auch der Eindruck aus der Auswertung der Abbildung 2 bestätigt sich wieder, nämlich dass viele Kinder und Jugendliche eben nicht die vorhandenen Angebote, in diesem Fall Angebote

der Vereine, wahrnehmen, sondern sich eher selbst und unverbindlicher beschäftigen. Die dazu passende Antwort „kein Verein“ kam hier sogar am häufigsten vor.

Frage 3: Warum kannst du ein Freizeitangebot/ Wunsch nicht wahrnehmen?

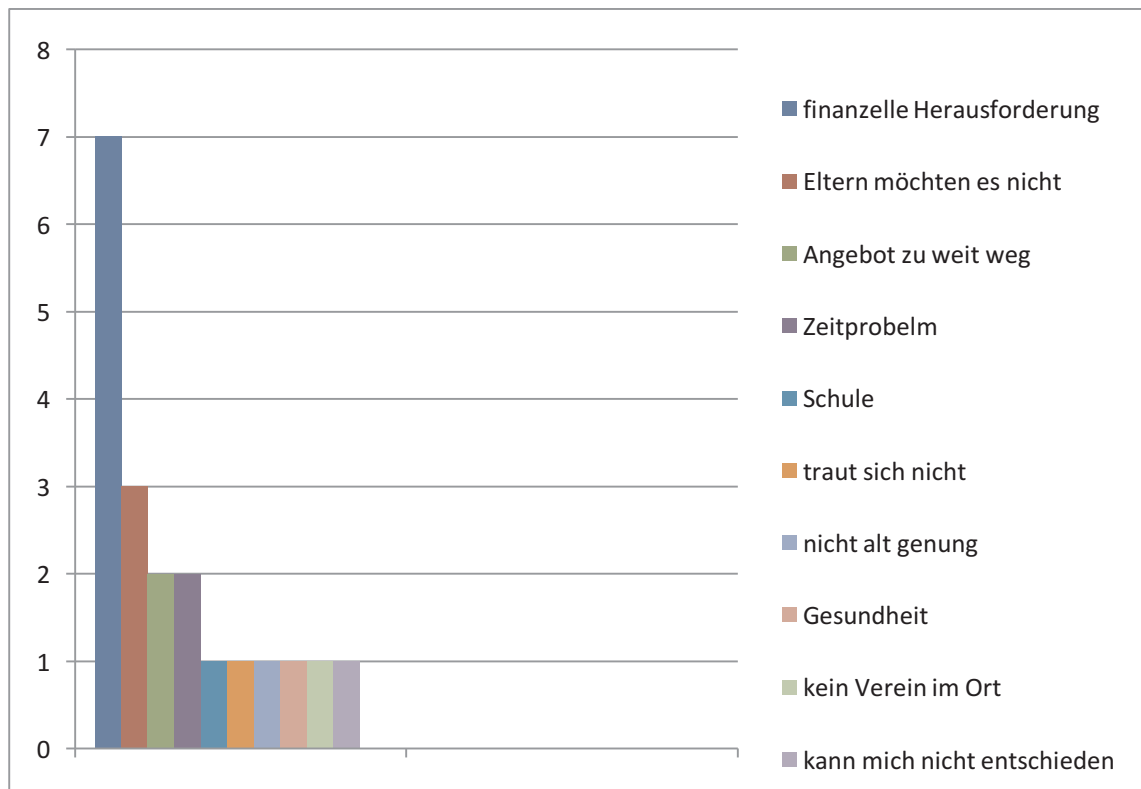


Abbildung 4

Die Fragestellung zielt auf die Hindernisse für mögliche Angebotsnutzungen ab und wurde auch so direkt gestellt. Es gab wieder keine vorgegebenen Antwortmöglichkeiten und es waren wieder Mehrfachantworten möglich. Am häufigsten kam die Antwort der „finanziellen Herausforderung“ vor. Übermäßig oft wurden finanzielle Einschränkungen als Grund genannt. Gefolgt wird dies von der Antwort „Eltern möchten es nicht“, was die Abhängigkeit der Kinder, vor allem die der minderjährigen, von ihren Eltern bzw. Sorgeberechtigten verdeutlicht. Die dritthäufigsten Antworten wie „Angebot zu weit weg“ und „Zeitproblem“ deuten auf die besonderen Rahmenbedingungen des ländlichen Raums hin, in der unter anderem die eingeschränkte Mobilität zu erhöhten Kosten- und Zeitaufwänden führt. Demnach sind die erbrachten Antworten nicht getrennt voneinander zu bewerten, sondern sie stehen in unmittelbarem Zusammenhang zueinander.

Frage 4: An welchen Orten haltet ihr euch in eurer Freizeit auf?

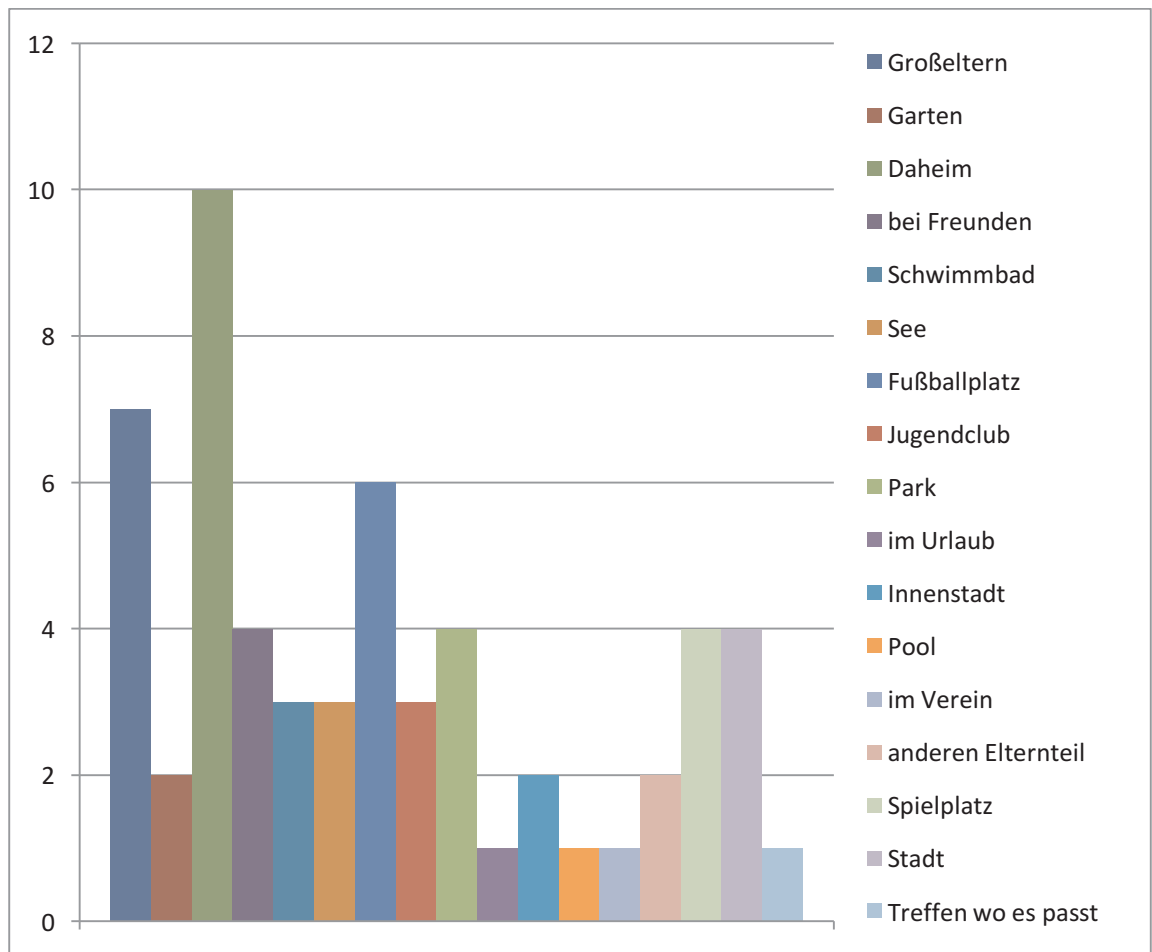


Abbildung 5

Wie auch bei den vorigen Fragen wurden keine Antwortmöglichkeiten vorgegeben, ebenso sind wieder Mehrfachantworten möglich gewesen. Ähnlich wie in Abbildung 2 lässt sich hier wieder feststellen, dass sowohl vorhandene Angebote wahrgenommen werden (z.B. „Schwimmbad“), aber auch private Orte oft genutzt werden (z.B. „bei Freunden“). So ist die Antwort „Daheim“ die häufigste Antwort. Dicht gefolgt wird diese Antwort von der Aussage „Großeltern“, was darauf hindeuten könnte, welche hohe Bedeutung der private und familiäre Raum für die Kinder und Jugendlichen hat, in den sie sich am liebsten zurück zu ziehen scheinen bzw. wo sie sich am häufigsten aufhalten. Jedoch sind auch einige Antworten wie „Stadt“ oder „Spielplatz“ wiederum ein Anzeichen dafür, dass sich dennoch einige Kinder und Jugendliche auch im öffentlichen Raum aufhalten und häufig an diesen Orten anzutreffen sind.

5. Frage: Welche Angebote würdet ihr euch für die Einheitsgemeinde wünschen?

Angebote welche die Kinder und Jugendlichen gern ausprobieren möchten bzw. sich wünschen:

Fußball spielen (5)	Reiten gehen (4)
Mehr Treffpunkte (3)	Kino (3)
Kampfsport (3)	Mehr Freizeit/weniger Schule (2)
Eigenes Pferd (2)	Dodgeball (1)
Achterbahn (1)	Quad fahren (1)
Auto fahren (1)	Skatepark (1)
Spielplatz für „Große“ (1)	Mehr Einkaufsmöglichkeiten (1)
Zeit um mit Freunden zu spielen (1)	Angebote im Kulturhaus für Jugendliche (1)
Platz für Jugendliche, welchen sie selbst mitgestalten und nutzen können (1)	

Die Frage wurde wieder offen gestellt, die in Klammern stehenden Zahlen beschreiben die Häufigkeit der Antworten. Mehrfachantworten waren wieder möglich. Ebenso kam es bei dieser Frage oft zu Enthaltungen, da viele Kinder und Jugendliche im Moment der Befragungssituation keine Einfälle hatten. Die Tatsache, dass einige Forderungen bereits in den wahrgenommenen Antworten mit vorkamen, lässt sich damit erklären, dass die befragten Kinder und Jugendlichen aus vielen verschiedenen Ortsteilen kommen und nicht jedes Angebot in jedem Ort vorhanden ist. So kam die Antwort „Fußball spielen“ am häufigsten vor, da evtl. die Bedingungen zum Fußball spielen (ansässige Vereine, Sport- bzw. Fußballplätze) nicht überall gleich gut gegeben sind. Ebenso sind auch einige eher unrealistische Dinge genannt worden, wie „Achterbahn“ oder „Kino“. Gleichzeitig gab es jedoch auch eine sehr konkrete Forderung nach Mitgestaltungsmöglichkeiten, wie sich aus der Antwort „Platz für Jugendliche, welchen sie selbst mitgestalten und nutzen können“ erkennen lässt. Ebenso ist es gewollt, bereits vorhandene Angebote auch für Kinder und Jugendliche attraktiv zu machen, wie es in der Antwort „Angebote für Jugendliche im Kulturhaus“ erkennbar wird

6. Frage: Welche Meinung habt ihr zu den Angeboten in der Einheitsgemeinde?

Was wollt ihr unbedingt noch loswerden?

Meinungen von Jugendlichen aus der Einheitsgemeinde Tangerhütte:

- Froh über die bestehenden Jugendclubs/ Treffpunkte in der Einheitsgemeinde
- Tolle und gute Angebote in den Jugendtreffs
- Öffentliche Verkehrsanbindung sehr unflexibel (Jugendliche trauen sich nicht den Rufbus anzurufen)
- Jugendliche dürfen sich nicht auf öffentlichen Plätzen treffen, werden von Anwohner*innen weggeschickt
- Informationen über Angebote erreichen die Kinder/ Jugendliche nicht richtig (nur durch Mund zu Mund)
- Mehr Veranstaltungen für Jugendliche wie Konzert, Party (mitorganisiert von Jugendlichen)
- Es herrscht Angst vor Perspektivlosigkeit in der EG (kaum Ausbildungen, wenig Möglichkeiten sich zu engagieren)

Hier wurde den Befragten zum Abschluss die Möglichkeit geboten, sich frei zu den Angeboten und ganz allgemein zum Lebensstandard zu äußern. Hier bestätigen sich die bisher gesammelten Eindrücke wiederum, indem den bereits vorhandenen Angeboten, wie die der Jugendtreffs, eine hohe Bedeutung und positive Bewertungen zugesprochen werden. Ebenso lassen sich auch die Hindernisse feststellen, welche durch die besonderen Rahmenbedingungen des ländlichen Raumes im besonderen Maße in der Einheitsgemeinde von Bedeutung sind. Außerdem wird mehr Kinder- und Jugendfreundlichkeit bei den Angeboten gefordert. So sollen sich Veranstaltungen, welche in der Einheitsgemeinde geplant werden, auch an den Interessen der Kinder und Jugendlichen orientieren (z.B. Konzerte, Partys). Die bestehenden Risiken, bedingt durch ungünstige Voraussetzungen des ländlichen Raums, werden bewusst wahrgenommen und teilweise auch zum Thema gemacht. Viele Jugendliche scheinen um die beschränkten Chancen und Möglichkeiten in Bezug auf die Berufs- bzw. Ausbildungsfindung zu wissen und diese zu berücksichtigen. Dies seien unter anderem mögliche Gründe dafür, warum viele junge Menschen die Einheitsgemeinde nach der Schule verlassen.

6. Mehrwert von Kinder- und Jugendbeteiligung

Der nun folgende Teil dieser Arbeit stellt den Versuch dar, Argumente und Begründungen für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung auf der kommunalen Ebene herzuleiten und aufzuzeigen. Warum kann Kinder- und Jugendbeteiligung so wichtig sein für Kommunen? Aus einem kindheitswissenschaftlichen Verständnis heraus würde man sagen können, dass es wichtig ist, Kinder und Jugendliche nachhaltig und angemessen zu beteiligen, da es einfach das gute Recht der jungen Menschen ist. Doch schaut man sich die Praxis an, so wird man feststellen können, dass das Recht der Kinder auf Beteiligung meistens wenig berücksichtigt wird oder nur dann gewährt wird, wenn es die Erwachsenen gerade für richtig erachten (vgl. Bundesjugendkuratorium 2009, 8).

Das asymmetrische Generationenverhältnis, wodurch den Erwachsenen mehr Macht als den jungen Menschen zukommt, macht es sehr schwer für Kinder und Jugendliche ihre Meinungen und Interessen gleichberechtigt in Entscheidungsprozesse mit einzubringen. Wenn hier nun von „Mehrwert“ die Rede ist, so soll es nicht so gedeutet werden, dass Partizipation ausschließlich innerhalb einer Verwertungslogik zu begründen ist. Positive Nebeneffekte, wie Kosteneinsparungen, sollten nicht das leitende Motiv für kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung sein. Primär sollte immer der Rechtsanspruch der Kinder im Vordergrund stehen, welcher unter Berücksichtigung positiver Auswirkungen von Partizipation untermauert werden soll.

Denn wenn die Annahme besteht, dass gelingende Partizipation oft vom Wohlwollen erwachsener Entscheidungsträger abhängig ist, so ist es unverzichtbar fundierte Argumente für mehr und wirkliche Kinder- und Jugendbeteiligung aufzuzeigen, um erwachsene Akteure für dieses Thema sensibilisieren zu können.

Die nun folgenden Begründungen beziehen sich zum einen auf den Mehrwert für Kinder und Jugendliche und zum anderen auf den Mehrwert für die jeweiligen Kommunen, in denen eine nachhaltige Beteiligungskultur implementiert wurde. Dabei sind diese zwei Ebenen nicht gänzlich getrennt voneinander zu betrachten, da sie sich gegenseitig beeinflussen und in Wechselwirkung zueinanderstehen.

6.1. Mehrwert für Kinder und Jugendliche

Positive Partizipationserfahrungen können einem jungen Menschen in vielfältiger Art und Weise zugutekommen. Gesellschaftliche Teilhabe durch gelingende Partizipation

ermöglicht den Kindern und Jugendlichen, demokratisch wertvolle Erfahrungen zu sammeln. Hierbei können vorhandene Gestaltungsspielräume aufgezeigt werden und in diesem Zuge Kompetenzen erlernt werden, wie man diese Spielräume nutzen kann, um sich aktiv in das Gemeinwesen einbringen zu können und dadurch die eigenen Interessen mit einfließen lassen kann (vgl. Greuel/König/Leistner/Reiter 2013, 21).

Sie lernen so gegensätzliche Interessen kennen und auch, wie sie ihre eigenen Interessen angemessen artikulieren können. Dabei können sie strategisches Denken, soziale Sensibilität, Kooperations-, Entscheidungs- und Konfliktfähigkeit entfalten (vgl. Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V., 8).

Diese Kompetenzen und Erfahrungen werden dabei am besten im konkreten Vollzug bestimmter Handlungen entstehen. Somit können entsprechende Beteiligungskompetenzen nur dann entwickelt werden, wenn man den jungen Menschen ihre Partizipationsrechte auch anerkennt. Populäre Einwände von Erwachsenen gegen eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gehen oft von mangelnder Reife und fehlendem Urteilsvermögen aus. Dabei ist es jedoch sehr wichtig, sich die Wechselwirkungen zwischen dem biografischen Aufbau von Beteiligungsmotivationen und -kompetenzen auf der einen Seite und der Einräumung von Beteiligungsrechten auf der anderen Seite bewusst zu machen, da dies konstitutiv für eine angemessene Deutung des Inhaltes des Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention ist. Ehe man davon ausgehen kann, dass junge Menschen erst alle notwendigen Kompetenzen ausgebildet haben sollen, bevor sie erfolgreich beteiligt werden können, geht das Verständnis der UN-Kinderrechtskonvention davon aus, dass diese Kompetenzen nur innerhalb eines dynamischen Prozesses und im tatsächlichen Vollzug von Partizipationsrechten aufgebaut werden können. Es ist demnach also wichtig, Chancen für Beteiligungen einzuräumen, bevor man voreilig über mögliche Grenzen spekulieren kann. Dabei ist es wichtig, junge Menschen Schritt für Schritt an Beteiligungshandlungen heranzuführen im Sinne eines emanzipatorischen Prozesses (vgl. Bundesjugendkuratorium 2009, 9f).

Werden jungen Menschen Partizipationsrechte zugesprochen, so erhalten sie eine Statusaufwertung und werden auch als vollwertige und handlungsfähige Mitglieder der Gesellschaft angesehen, die über die gleichen Rechte verfügen, wie die Erwachsenen. Die Anerkennung der Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen wird dadurch zu einer kontinuierlichen und systematischen zu beachtenden Dimension innerhalb des

Verhältnisses zwischen Erwachsenen und Kindern. Somit kann Partizipation als ein zentraler Motor für die Integration von Kindern und Jugendlichen in die Gesellschaft betrachtet werden. Denn ein positiver Bezug zu ihrer Umwelt, sowie eine stärkere Identifikation mit der Gesellschaft kann erreicht werden, wenn sich junge Menschen mit sicht- und erlebbaren Auswirkungen auf ihre Lebenswelt beteiligen können. Eine stärkere Identifikation und ein positiverer Bezug zur Umwelt durch gelingende Beteiligung, kann dann wiederum zu einem erhöhten Verantwortungsgefühl gegenüber des eigenen Lebensumfeldes führen. Neben einem ausgeprägteren Verantwortungsbewusstsein können dadurch auch weitere Kompetenzen, wie Selbstwirksamkeitsbewusstsein, erworben werden, was bei der Ausübung weiterer gesellschaftlicher Rollen von zentraler Bedeutung ist (vgl. ebd., 11).

Da Kinder und Jugendliche es sonst eher gewohnt sind, dass ihre Umwelt zum größten Teil fremdbestimmt ist, ermöglicht Partizipation ihnen, sich selbst zu verwirklichen. Dabei lernen sie eigenständiges Handeln und kritisches Denken, indem sie etwas Eigenes gestalten, wofür sie dann selbst die Verantwortung tragen (vgl. Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V., 8).

„Partizipation hat also eine sozialisatorische Bedeutung, nicht nur im Hinblick auf Prozesse der politischen Sozialisation, sondern auch im umfassenden Sinn als Faktor beim Erwerb einer produktiv gestaltenden Einordnung des jungen Menschen in seine sozialen Lebensbezüge.“ (ebd., 11)

In Anlehnung an das, in dieser Arbeit bereits beschriebene, Salutogenese-Konzept nach Antonovsky von 1997, führt Partizipation außerdem noch zu mehr Gesundheit und einem gesteigerten sozialen Wohlbefinden.

Ein weiteres Argument für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen entspringt einem subjektorientierten Bildungsverständnis, welches auch in den Kindheitswissenschaften vertreten wird. Demnach wäre Partizipation eine konstitutive Voraussetzung für gelingende Bildung. Lernprozesse können nach diesem Verständnis umso erfolgreicher gestaltet werden, wenn Kinder und Jugendliche selbst zu Subjekten des Lerngeschehens werden (vgl. ebd., 11).

Folgt man dem subjektorientierten und kindheitswissenschaftlichen Verständnis weiter, so wäre die wohl elementarste und wichtigste Legitimation von Partizipation aus den Menschenrechten, speziell aus den Kinderrechten, herzuleiten. Menschenrechte haben

einen universell geltenden Anspruch und werden nicht an bestimmte Bedingungen der Gesellschaft gekoppelt. Demnach würden Kinder und Jugendliche dieselben Grundrechte haben wie Erwachsene. Die UN-Kinderrechtskonvention stellt dabei die völkerrechtlich verbindlichste Grundlage für die Wahrung der Beteiligungsrechte von jungen Menschen dar (vgl. ebd., 12).

6.2. Mehrwert für Kommunen

Bei der Frage nach gelingender Beteiligung von Kindern und Jugendlichen kommt den Kommunen eine besondere Gewichtung zu, da sie das unmittelbare Lebensumfeld der jungen Menschen darstellen. Wenn Kommunen es schaffen, Kinder und Jugendliche bereits frühzeitig an den sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen, dann können sie in doppelter Hinsicht davon profitieren. Indem Kindern und Jugendlichen Partizipationsrechte zugesprochen werden, ändert sich auch die Perspektive, mit der die jungen Menschen wahrgenommen werden. Sie werden demnach als Expertinnen und Experten in eigener Sache wahrgenommen, wodurch zum einen eine bedarfsgerechtere Angebotsplanung für junge Menschen und deren Familien ermöglicht wird. Zum anderen stärkt es dabei auch gleichzeitig, wie bereits weiter vorne schon beschrieben, die Demokratieorientierung der jungen Generation. Dadurch könnten dann wiederum zunehmende Entfremdungen zwischen Jung und Alt innerhalb politischer Entscheidungsprozesse abgebaut werden. Der Aspekt, dass junge Menschen in allen sie betreffenden Entscheidungen mit einbezogen werden sollen, könnte unter anderem die Entstehung und Etablierung einer Plattform für Kinder und Jugendliche begünstigen, innerhalb dieser sich Politik, Verwaltung, Vereine, Verbände und auch Initiativen und Bildungseinrichtungen, wie Kitas und Schulen, untereinander austauschen können. Die dadurch geförderte Kommunikation der unterschiedlichen Bereiche kann eine bedarfsgerechtere Angebotsplanung für Kinder, Jugendliche und deren Familien weiter verstärken und fördern (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012, 28).

Da Kinder und Jugendliche selbst am besten wissen, was sie wollen und brauchen, können Fehlplanungen, wie bei Stadtteilsanierungen, Planungen von Spielräumen oder bei Verkehrsplanungen, vermieden werden (vgl. Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V., 9).

„Denn die Gestaltung von Einrichtungen unter Beteiligung der jungen Menschen nach den selbst geäußerten Wünschen und Bedarfen führt vor allem zu einer größeren Identifikation, höherem Engagement bei der Einrichtung, Erhaltung und Pflege sowie einem verantwortungsvolleren Umgang mit der Einrichtung.“

(ebd., 9)

Besonders bei sehr strukturschwachen, ländlichen Regionen, wie es im vorigen dargestellten Praxisbeispiel der Fall war, ist eine stärkere Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld umso wichtiger. Wie bereits erwähnt, empfinden die dort lebenden Jugendlichen eine stärkere Perspektivlosigkeit, da unter anderem Ausbildungsmöglichkeiten sehr begrenzt sind. Wenn sie jedoch früh innerhalb ihrer Kommune beteiligt werden, dann steigt, wie eben beschrieben, der Bezug und die Identifikation mit dem eigenen Ort an, wodurch sie eine stärkere Bindung zum Heimatort erfahren. Dadurch könnten sie ihren Kommunen länger erhalten bleiben und würden nach Beendigung der Schule nicht aufgrund empfundener Perspektivlosigkeit den Ort verlassen müssen und könnten sich aktiv in die Gestaltung und Weiterentwicklung der Kommune einbringen. Dies könnte auch eine Vorstellung sein, welche die ältere Generation im jeweiligen Ort sehr begrüßen würde.

Besonders aufgrund wirtschaftlicher Krisen, hat der Stellenwert von zivilgesellschaftlichen Engagement erheblich an Relevanz zugelegt. Dabei kann Partizipation junger Menschen die Möglichkeit eröffnen, die Engagementbereitschaft nachhaltig zu fördern und zu verbessern. Kommunen, die sich für eine nachhaltige Beteiligung von Kindern und Jugendlichen einsetzen, können auch von der Möglichkeit profitieren, bestimmte Förderprogramme zur Umsetzung von Partizipation junger Menschen in Anspruch zu nehmen. Dadurch kann ihnen professionelle Unterstützung zukommen, welche es ermöglicht angemessene Beteiligungsverfahren zu erproben und zu optimieren. Besonders innerhalb eines sich verschärfenden Standortwettbewerbs, könnten sie sich gegenüber anderer Städte und Gemeinden profilieren (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012, 30).

Dadurch steigt ihr Ansehen und die Kinder- und Familienfreundlichkeit, wodurch sie sich zu einem attraktiveren Lebensort entwickeln können. Dadurch können Anreize geschaffen werden, welche positive Auswirkungen auf die demografischen

Entwicklungen, sowie auf das regionale Standortmarketing haben können (vgl. Kinderfreundliche Kommunen e.V.)

7. Fazit

Gelingende Partizipation von Kindern und Jugendlichen stellt noch eine große Baustelle dar, dessen Fertigstellung noch lange nicht erreicht ist. Zwar hat Partizipation in der professionellen Arbeit mit jungen Menschen und deren Familien immer mehr an Bedeutung gewonnen, doch nicht überall wo Partizipation propagiert wird, wird sie auch angemessen praktiziert. Zu oft kommt es zur Initiierung von scheinpartizipativen Projekten und Modellen, ohne dass eine wirkliche und wirksame Beteiligung von Kindern und Jugendlichen angestrebt wird. Machtverhältnisse zwischen Erwachsenen und Kindern bleiben dabei bestehen und werden nur unzureichend hinterfragt. Gesellschaftliche Entwicklungen, wie der demografische Wandel, verstärken zudem das asymmetrische Generationenverhältnis. Institutionen von Kindheit, wie zum Beispiel die Schule, welche einen enormen Einfluss auf das Leben und den Alltag von Kindern und Jugendlichen haben, sind viel zu veraltet und haben ein überwiegend defizitäres Bild von Kindern inne. Neue Schulformen und alternative pädagogische Konzepte versuchen, dem zwar entgegenzuwirken, jedoch bleiben sie entweder noch zu unterrepräsentiert oder sind aufgrund zusätzlicher Kosten nicht für alle Menschen der Bevölkerung zugänglich. Subjektorientierte und emanzipatorische Ansätze werden zunehmend notwendig sein, um dem Rechtsanspruch entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention gerecht werden zu können. Darüber hinaus scheinen die Interessen und die Bedürfnisse junger Menschen durch die demografischen Entwicklungen verstärkt in den Hintergrund zu rücken. Kinder und Jugendliche werden noch aus zu vielen Teilen der Gesellschaft isoliert. Insbesondere bei politischen Entscheidungen stellt unter anderem das hohe Wahlalter eine Hürde für Jugendliche dar, sich in die Politik einbringen zu können. Dadurch sind Regierungen und Politiker zu wenig in der Pflicht, auch die Interessen der jüngeren Generation zu vertreten. Aber auch bei Entscheidungen des alltäglichen Lebens scheint die Umsetzung der Interessen von Kindern und Jugendlichen noch zu sehr vom Wohlwollen der Erwachsenen abhängig zu sein. Wer allerdings eine funktionierende Gesellschaft haben

möchte, der darf nicht einzelne Teile der Gesellschaft, wie die Gruppe der Kinder und Jugendlichen, systematisch ausschließen.

Echte Partizipation, die Kinder und Jugendliche als eigenständig handelnde Subjekte, die Experten ihres eigenen Lebens sind, auffasst, kann dazu beitragen, derartige Ungleichheiten und Benachteiligungen abzubauen. Besonders auf der kommunalen Ebene lassen sich Potentiale ausmachen, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, zu aktiven Gestalterinnen und Gestaltern ihres Lebensumfelds zu werden. Kommunen sind das unmittelbarste Umfeld junger Menschen, in denen sich Auswirkungen eigenen Handelns am direktesten erfahren lassen. Problemlagen, die ihnen zu meist von Erwachsenen zugeschrieben werden, wie mangelndes gesellschaftliches Engagement oder Politikverdrossenheit, könnten durch eine frühzeitige Beteiligung junger Menschen abgebaut werden. Jedoch darf Partizipation niemals primär unter dem Aspekt einer solchen Verwertungslogik verstanden werden. Derartig mögliche Entwicklungen sind allerhöchstens als positive Nebeneffekte zu verzeichnen, denn das eigentliche Motiv von Partizipation sollte menschenrechtlich begründet sein.

Es mag vielleicht möglich sein, dass man eher selten auf politisch interessierte Jugendliche trifft, jedoch ist es bei den vorherrschenden Haltungen erwachsener Menschen und den damit verbundenen Ausgrenzungen von Kindern und Jugendlichen bei bestimmten Entscheidungsprozessen nicht verwunderlich, dass sich diese festgefahrenen Bilder bestätigen und reproduzieren lassen. Die Perspektive ist entscheidend. So hängt der Umgang mit Beteiligungsrechten immer auch mit den vorherrschenden Kindheits- und Jugendbildern in der Gesellschaft zusammen. Es ist allerdings unzureichend, vorschnell von Grenzen zu sprechen, bevor man überhaupt Chancen auf Beteiligung ermöglicht.

In meiner Arbeit bei Kinder Stärken e.V. habe ich viele motivierte und engagierte junge Menschen kennenlernen dürfen. Jedoch beschäftigt sich der öffentliche Diskurs zu einseitig mit den Lebenslagen der jungen Generation, indem defizitäre Perspektiven auf Kinder und Jugendliche überwiegen. Zu selten finden sich positive Momente, zum Beispiel in der medialen Berichterstattung, wodurch das Engagement von Kindern und Jugendlichen noch viel zu mangelhaft anerkannt und honoriert wird.

Ich hatte die außerordentlich wertvolle Gelegenheit, bei dem hier beschriebenen Projekt „Jugend gestaltet Altmark“ mitwirken zu dürfen. Die Projektmitarbeiter*innen des

Vereins Kinder Stärken verkörperten dabei eine authentische, subjektorientierte Haltung gegenüber den beteiligten Kindern und Jugendlichen, indem, so gut wie möglich, versucht wurde, den Interessen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden. Bei der Bewertung ihrer Heimatorte wurde so wenig wie möglich vorgegeben, sodass die kindliche Perspektive auf die Umwelt am natürlichsten erhalten bleiben konnte. Die Methode des „Photovoice“ eignete sich sehr gut, um unverfälschte Eindrücke der Beteiligten einfangen und thematisieren zu können. Schnell kristallisierten sich Themenschwerpunkte und Forderungen heraus, die unter der Begleitung des Projektteams dokumentiert und innerhalb der Kinder- und Jugendkonferenz artikuliert werden konnten. Jedoch wurden schnell Grenzen spürbar, die unter anderem in der Durchführung der Konferenz sichtbar wurden. Die Einheitsgemeinde Tangerhütte besitzt viele kleine Ortschaften, mit vielen verschiedenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, sowie vielen professionell und ehrenamtlich tätigen Akteuren der sozialen Arbeit. An der Konferenz nahmen lediglich zwei erwachsene Entscheidungsträger teil, wovon einer der Bürgermeister der gesamten Einheitsgemeinde war. Seine Anwesenheit war sehr wertvoll, jedoch blieben die Forderungen und Wünsche der Beteiligten noch ohne Wirkung, da nur eine Person des Stadtrates präsent war und wirklich verbindliche Entscheidungen nur gemeinsam mit den restlichen Entscheidungsträgern möglich wären. Dadurch wurde ein weiterer Schritt notwendig, um die Ergebnisse der Kinderkonferenz auch an alle anderen Entscheidungsträger herantragen zu können. Auch hier wurden wieder Grenzen sichtbar. Es kam der Vorschlag, die Forderungen in einer Stadtratssitzung vorzustellen. Hierfür gab es sehr begrenzte und vorgeschriebene Termine, nach denen sich die Kinder und Jugendlichen hätten richten müssen, was auch eine organisatorische Hürde darstellte. Außerdem mussten die Beteiligten so wieder in ein von Erwachsenen konstruiertes Gremium teilnehmen, was eine zusätzliche Schwelle für die Kinder und Jugendlichen darstellte. Die besondere Situation einer solchen Stadtratssitzung kann sehr aufregend und überfordernd für junge Menschen wirken, wodurch sie ihre natürlichen Haltungen nicht angemessen artikulieren könnten. Aus diesem Grund fand die Kinder- und Jugendkonferenz auch in einem Jugendclub statt, um die Kinder so besser ermutigen zu können, ihre Wünsche selbstbewusst und angemessen kund zu tun. Da die Aufregung der Beteiligten sehr groß war, sich der nächsten Hürde zu stellen, wurde der Vorschlag

unterbreitet, ihre Forderungen in einem Video festzuhalten, welches durch den Bürgermeister der Einheitsgemeinde mit in die Stadtratssitzung getragen werden sollte, um somit die bestehende Schwelle zu umgehen. Aufgrund der kurzen Projektlaufzeit konnte dies noch nicht umgesetzt werden, allerdings arbeitet der Verein weiterhin daran, dieses Vorhaben umzusetzen.

Durch die Reflexion des Projekts wurde deutlich, welchen Stellenwert Kinder- und Jugendbeteiligung für erwachsene Entscheidungsträger hat. Daher sollte sich diese Arbeit weniger mit konkreten Umsetzungsstrategien von gelingender Beteiligung beschäftigen, sondern viel mehr mit der Begründung dieser. Die praktischen Erfahrungen, welche ich im Projekt „Jugend gestaltet Altmark“ sammeln konnte, zeigten mir, dass es bereits sehr wirksame Konzepte für gelingende Partizipation gibt, jedoch ist der Erfolg noch zu sehr von der Kooperation der erwachsenen Akteure abhängig gewesen. Ich erachte es daher als unverzichtbaren Schritt, den Mehrwert von Kinder- und Jugendbeteiligung auf der kommunalen Ebene zu verdeutlichen. Die Anerkennung des Rechts auf Beteiligung junger Menschen ist zu mangelhaft, wodurch es einer Sensibilisierung der erwachsenen Akteure bedarf. Partizipation muss daher leider immer wieder und kontinuierlich begründet werden, um Kinder wirklich und wirksam teilhaben zu lassen.

In den Haltungen mancher erwachsenen Akteure ließ sich erkennen, dass Kinder und Jugendliche noch zu sehr unterschätzt werden und dass die Bereitschaft, etwas Entscheidungsmacht abzugeben, sehr gering ist und mit vielen Sorgen begründet wird, welche wiederum mit defizitären Vorstellungen von Kindern und Jugendlichen einherging. Allerdings können kindheitssoziologische Analysen verdeutlichen, dass Kinder durchaus in der Lage sind, eigenständig und differenziert zu handeln, wie es aus den dargestellten Theorien zur kindlichen agency hervorging.

Besonders in einem kollektiven Verständnis von agency, wie es ein interaktionistischer Zugang nach Emirbayer und Mische zulässt, konnte unter anderem in den Untersuchungen von Corsaro mit Vorschulkindern empirisch belegt werden, dass Kinder bereits im Vorschulalter in der Lage sind Regeln für ihr eigenes Handeln aufzustellen. Begründet wurde dies mit einer Hervorbringung kindlicher agency, welche zeitlich kontextualisiert ist und sich unter Rückgriff auf Erfahrungen und Vorstellungen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft herausbildet (vgl. Eßer 2009, 15f).

Ebenso findet sich ein Nachweis, dass Kinder bereits in jungen Jahren in der Lage sind, verantwortliche Entscheidungen treffen zu können, in den Forschungsergebnissen des Entwicklungspsychologen Jean Piaget wieder. So konnte er feststellen, dass Kinder bereits ab dem Alter von 10 Jahren in der Lage sein können, überwiegend selbstständige Entscheidungen zu treffen und Regeln für ihr eigenes Handeln aufstellen zu können. Des Weiteren stellt er fest, dass sich ab dem elften bzw. zwölften Lebensjahr die Fähigkeit herausbildet, logisch schlüssige Entscheidungen treffen zu können. Dies stellen ausreichende kognitive und moralische Voraussetzungen dar, welche für eine politische Mitsprache erforderlich sind. Der Sozialwissenschaftler Klaus Hurrelmann fordert in diesem Zusammenhang, Kindern bereits ab 12 Jahren ein aktives Wahlrecht einzuräumen, da eine Urteilsfähigkeit in dieser Lebensphase bereits ausgereift sein kann, auch wenn die Persönlichkeit noch nicht komplett ausgereift ist (vgl. Klundt 2017, 190f). Es gibt also keinen Grund, Kinder vorschnell als unreif abzustempeln und sie auf dieser Grundlage von Formen politischer Partizipation auszuschließen. Würden sie ein aktives Wahlrecht besitzen, so müssten sich politische Entscheidungsträger verstärkter in die Pflicht nehmen, auch die Interessen der jüngeren Generation zu vertreten. Dadurch könnte auch politische Bildung einen höheren Stellenwert und eine neue Notwendigkeit bekommen. Partizipation stellt demnach eine wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie dar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass niemand als Demokrat geboren werden wird, sondern dass sich demokratische Haltungen in einem kontinuierlichen Lernprozess entwickeln müssen, welcher durch die aktive Einbeziehung und Beteiligung der jungen Menschen nur begünstigt werden kann. Von den Erfolgen dieser Prozesse profitieren dann nicht nur die Kommunen, in denen die jungen Menschen leben, sondern auch die Kinder und Jugendlichen selbst, wie es im Kapitel zum Mehrwert von Partizipation hervorging.

Damit diese Prozesse des Empowerments junger Menschen funktionieren können, sind zweierlei Voraussetzungen notwendig. Auf der einen Seite müssen die Institutionen, in denen sich Kinder und Jugendliche in ihrem Alltag befinden, systematisch Beteiligungsmöglichkeiten anbieten. Auf der anderen Seite, muss auch die Haltung der erwachsenen Akteure einem beteiligungsorientierten Handeln entsprechen (vgl. Bundesjugendkuratorium 2009, 10).

Handlungsempfehlungen, die diesen Ansprüchen versuchen gerecht zu werden, gibt es zahlreiche. Meiner Meinung nach ist eine der wichtigsten Empfehlungen, verbindliche Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf allen Ebenen zu implementieren. Besonders für die kommunale Ebene wären verbindliche Beteiligungsstrategien notwendig, um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen nachhaltig verankern zu können. Des Weiteren ist der Aufbau von lokalen Netzwerken, wie ein Akteurstreffen, wie es im Projekt „Jugend gestaltet Altmark“ initiiert wurde, förderlich um vorhandene Ressourcen zu bündeln und dadurch eine nachhaltige Beteiligungskultur in den Kommunen entstehen zu lassen. Auf die Bundesebene übertragen, würde ich dafür plädieren, die Kinderrechte mit in das Grundgesetz aufzunehmen, um den Rechtsanspruch der Kinder und deren Wahrnehmung als gleichberechtigte Rechtssubjekte nachhaltig abzusichern und der Notwendigkeit einer kontinuierlichen Begründung von Beteiligungsrechten entgegen zu wirken.

Für das professionelle Handeln erwachsener Akteure, sind die Ausbildungs- und Weiterbildungsformate so anzupassen, dass deren Handeln für Partizipation sensibilisiert wird. Die wichtigste Empfehlung für die erwachsenen Akteure aus meiner Sicht ist und bleibt jedoch, sich auf Partizipation einzulassen, indem man Kinder- und Jugendbeteiligung täglich praktiziert und zulässt. Denn innerhalb gemeinsam gewonnener Erfahrungen können positive Lerneffekte entstehen, bei denen nicht nur die Kinder etwas von den Erwachsenen lernen können, sondern auch umgekehrt. Dabei ist es wichtig, Kinder als eigenständige Subjekte anzuerkennen, die das Recht auf Beteiligung besitzen, ohne dass dieser Anspruch immer wieder legitimiert werden muss.

Literaturverzeichnis

Abeling, Melanie/Bollweg, Petra/Flösser, Gaby/Schmidt, Mathias/Wagner, Melissa (2003): Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Sachverständigenkommission 11. Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.), Materialien zum Elften Kinder- und Jugendbericht. Band 2: Kinder- und Jugendhilfe im Reformprozess. (S. 225-310), München

Betz, Tanja & Gaiser, Wolfgang & Pluto, Liane (2011): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. In: Betz, Tanja & Gaiser, Wolfgang & Pluto, Liane (Hrsg.) (2011): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten. 2. Aufl. (S. 11-31), Schwalbach/Ts.

Bühler-Niederberger, Doris (2011): Lebensphase Kindheit. Theoretische Ansätze, Akteure und Handlungsräume, Weinheim und München

Bundesjugendkuratorium (Hrsg.) (2009): Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums, München

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012): Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Allgemeine Qualitätsstandards und Empfehlungen für die Praxisfelder Kindertageseinrichtungen, Schule, Kommune, Kinder- und Jugendarbeit und erzieherische Hilfen, Berlin

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017a): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin, verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/blob/115438/d7ed644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> [15.09.2017]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017b): Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft. Die Jugendstrategie 2015-2018, Berlin

Eßer, Florian (2008): Agency und generationale Differenz. Einige Implikationen der Kindheitsforschung für die Sozialpädagogik. In: Homfeldt, Hans Günther & Schröer, Wolfgang & Schweppe, Cornelia (Hrsg.) (2008): Vom Adressaten zum Akteur. Soziale Arbeit und Agency. (S. 133-153), Opladen/Farmington Hills

Eßer, Florian (2009): Kinderwelten–Gegenwelten?, Baltmannsweiler

Greuel, Frank & König, Frank & Leistner, Alexander & Reiter, Stefanie (2013): Pädagogische Strategien zur Demokratieförderung. In: Deutsches jugendinstitut e.V. (Hrsg.) (2013): DJI Impulse 3/2013. Jugend und Politik. Junge Menschen wollen die Welt verändern – abseits etablierter Parteien. (S. 21-22), München

Homfeldt, Hans Günther & Schröer, Wolfgang & Schewpe, Cornelia (2008): Vom Adressaten zum Akteur – eine Einführung. In: Homfeldt, Hans Günther & Schröer, Wolfgang & Schewpe, Cornelia (Hrsg.) (2008): Vom Adressaten zum Akteur. Soziale Arbeit und Agency. (S. 7-14), Opladen/Farmington Hills

Honig, Michael-Sebastian (1999): Entwurf einer Theorie der Kindheit. Frankfurt a. Main

Hungerland, Beatrice & Kelle, Helga (2014): Kinder als Akteure – Agency und Kindheit. Einführung in den Themenschwerpunkt. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation (ZSE), 2014; 34 (S. 227-232), Weinheim

Hungerland, Beatrice & Luber, Eva (Hrsg.) (2008): Angewandte Kindheitswissenschaften. Eine Einführung für Studium und Praxis, Weinheim und München, S.71 – 82

Kelle, Helga (2005): Kinder und Erwachsene. Die Differenzierung von Generationen als kulturelle Praxis. In: Hengst, Heinz & Zeiher, Helga (Hrsg.): Kindheit soziologisch. (S. 83-108), Wiesbaden

Kilian, Holger & Wright, Michael T. (2012): Partizipation in der Gesundheitsförderung. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) (2012): Gesundes Aufwachsen für Alle! Anregungen und Handlungshinweise für die Gesundheitsförderung bei sozial benachteiligten Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. 1. Aufl. (S.76-83), Köln

Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. (Hrsg.) (2011): Fakt Konkret, Ausgabe 1/2011, Das Magazin zu jugendpolitischen Themen, Magdeburg, verfügbar unter: http://kjr-lsa.de/ger/publikationen/fakt/fakt_Partizipation_end.pdf [14.09.17]

Klunt, Michael (2017): Kinderpolitik. Eine Einführung in Praxisfelder und Probleme, Weinheim Basel

Knauer, Reingard/Brandt, Petra (1998): Kinder können mitentscheiden. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kindergarten, Schule und Jugendarbeit, Berlin

Knauer, Reingard/Sturzenhecker, Benedikt (2005): Partizipation im Jugendalter. In: Hafener, Benno/Jansen, M. Mechthild/Niebling, Torsten (Hrsg.): Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren. (S. 63-94), Opladen

Koalitionsvertrag (2013): Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD, Berlin, verfügbar über: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile [04.09.17]

Krappmann, Lothar (2002): Romantisch und/oder realitätsangemessen? Der Blick moderner Kinder- und Kindheitsforscher auf das Kind. In: Schmitt, Hanno & Siebrecht, Silke (Hrsg.): Eine Oase des Glücks. Der romantische Blick auf Kinder. (S. 91-99), Berlin

Liebl, Manfred (2007): Wozu Kinderrechte. Grundlagen und Perspektiven, Weinheim & München, S. 41

Pesch, Ludger (2014): Kinder ernst nehmen – Schlussfolgerungen für soziale Berufe aus der UN-Kinderrechtskonvention. In: Straßburger, Gaby & Rieger, Judith (Hrsg.) (2014): Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe. (S. 108-111), Weinheim & Basel

Wright, Michal T.& Unger, Hella von & Block, Martina (2010): Lokales Wissen, lokale Theorie und lokale Evidenz für die Prävention und Gesundheitsförderung. in: Wright, Michael T.(Hrsg.)(2010): Partizipative Qualitätsentwicklung in der Gesundheitsförderung und Prävention. (S.53-74) Bern: Huber

Internetlinks

Statistik zur Bevölkerung:

https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/_lrbev01.html [11.09.2017]

Informationen zur UN Kinderrechtskonvention:

<https://www.kinderrechtskonvention.info/> [19.09.2017]

Auszug aus dem SGB VIII:

https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/ [19.09.2017]

Kinderfreundliche Kommune e.V.

<http://www.kinderfreundliche-kommunen.de/> [27.09.2017]

Anhang

„Jugend gestaltet Altmark“

Sachbericht

Projektname: Jugend gestaltet Altmark

Projektträger: KinderStärken e.V. Osterburger Str. 25, 39576 Stendal

Projektlaufzeit: 15.04.2016 -14.04.2017

Zusammenfassung des Projektes:

Gegenstand des Projektes war die aktive Auseinandersetzung von Kindern und Jugendlichen, aber auch erwachsenen Verantwortungsträger_innen, mit den Teilhabemöglichkeiten in der Einheitsgemeinde Tangerhütte sowie im Bereich der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Als Methoden wurde dabei Photovoice und das Computerspiel Minecraft genutzt um die Meinung der Kinder und Jugendlichen abzubilden. Auf dieser Grundlage fand der Dialog zwischen Kindern, Jugendlichen und Verantwortungsträger*innen statt.

Teilnehmer*innen:

An dem vorliegenden Projekt nahmen insgesamt 96 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 5 und 25 Jahren aus der Einheitsgemeinde Tangerhütte regelmäßig teil. Schwerpunkte waren die Stadt Tangerhütte, Lüderitz und Bittkau sowie der inklusive Hort der Grundschule Grieben. Das Projekt war so gestaltet, dass insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche erreicht wurden (z.B. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder mit unterschiedlichen Bildungszugängen).

Durchführung:

In der gesamten Projektlaufzeit fanden regelmäßig Treffen und Workshops in den Jugendgruppen vor Ort statt. Dabei wurden unterschiedliche Themen behandelt z.B. Armut und gesellschaftliche Teilhabe aber auch Vorurteile und Ausgrenzungserfahrungen. Zusätzlich entstand durch die Kinder und Jugendlichen eine Bestandaufnahme ihres Lebensumfeldes. Dies Visualisierten sie mit unterschiedlichen Methoden. Ein Teil der Jugendliche arbeitete mit der Methode Photovoice. Dabei machten die Beteiligten Fotos von ihrer Lebenswelt und werteten diese gemeinsam aus, beziehungsweise kategorisierten sie in positive und negative Seiten. Unter anderen beleuchtete sie dabei die Spielplätze, Jugendklubs oder Sportmöglichkeiten vor Ort. Eine andere Gruppe Jugendliche arbeiteten mit dem Computerspiel Minecraft. Dabei bauten sich Jugendlichen nach dem Lego©-

Anhang

Baustein-Prinzip ihren idealen Jugendclub bzw. Einrichtungen, welche ihnen vor Ort fehlten. Der gesamte Projektprozess gestaltet sich sehr partizipative, sodass auch mit unterschiedlichen Beteiligungsmethoden je nach Interesse gearbeitet wurde. Gemeinsam erstellten die Kinder und Jugendlichen Präsentation mit ihren Ergebnissen. Diese wurden in einer Kinder- und Jugendkonferenz von den Kindern und Jugendlichen den Verantwortungsträgern der Einheitsgemeinde Tangerhütte vorgestellt und gemeinsam über diese Punkte diskutiert. Zusätzlich wurden auch Patenschaftsverträge unterzeichnet, in dem sich Verantwortungsträger ganz gezielt um ein Anliegen der Kinder und Jugendlichen kümmert. (Die gesamten Ergebnisse sind im Anhang nachzulesen). Unter anderem stellte sich heraus das besonders den Jugendlichen ein Ort fehlt, an welchem sie sich treffen können ohne von Erwachsenen „vertrieben“ zu werden. Dieses Problem stellten alle Jugendliche aus den drei Schwerpunkorten Lüderitz, Bittkau und Tangerhütte fest. Mit dem Bürgermeister der Einheitsgemeinde wurde dazu vereinbart, dass gemeinsam mit Jugendlichen ein geeigneter Ort für einen möglichen Treff gesucht wird. Ein weiteres brisantes Thema während des Projektes war, die beantragte Schließung des Schüler- und Freizeitzentrums Tangerhütte durch den Tangerhütter Stadtrat. Dies konnte abgewandt werden, aber nur durch die Einkürzung, dass aus dem ein Jugendclub wurde. Ein Nachteil davon ist, dass durch die Personalkürzung auch das vielfältige Angebot vermindert werden musste, zum leitenwesen der Kinder und Jugendlichen. Um die Meinungen der Kinder und Jugendlichen noch mehr Verantwortungsträgern bekannt zu machen, entschieden sie ein Video aus ihren Anliegen zu drehen. Dieser konnte im Projektzeitraum nicht mehr fertig gestellt werden. Aufgrund einer längeren Krankheitszeit durch einen Partner vor Ort, fehlte uns der Zugang zu den Kindern und Jugendlichen. Das Anliegen wird noch weiterverfolgt.

Parallel zu den regelmäßigen Treffen wurden auch das Straßenfest in Tangerhütte und das jährlich stattfindende Kinderfest im Wildpark Weißewarte genutzt, um einen allgemeinen Überblick über die Freizeitgestaltung und Aufenthaltsorte von Kindern und Jugendlichen zu erfahren. Diese wurden den Jugendarbeiter*innen in Tangerhütte zur Verfügung gestellt. Die Ergebnisse befinden sich ebenfalls im Anhang.

Neben der Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen entwickelte sich eine Akteurstreffen in dem hauptamtliche und ehrenamtliche Jugendarbeitende aus Jugendtreffs, Sportvereinen, Kirche und kultureller Jugendarbeit sowie Kommunalverwaltung zum Austausch zusammenkamen. Durch diesen Austausch konnten aktuelle Problemlagen (wie zum Bsp. die Schließung des Schüler- und Freizeitzentrum oder die Ausrichtung der mobilen Jugendarbeit) aber auch Angebote bedarfsorientierter diskutiert werden und Aktionen besser beworben werden. Ca. aller zwei Monate fand ein Akteurstreffen in den Räumen des Jugendclubs Tangerhütte statt.

Zusätzlich fanden auch Austauschrunden mit anderen Gemeinden des Landkreises Stendals statt, in welchem gezielt die Verwaltung angesprochen wurde, um sich gemeinsam über mögliche

Beteiligungsformen auf kommunaler Ebene auszutauschen und diese langfristig auch zu implementieren. Daran nahm die Einheitsgemeinde Tangerhütte ebenfalls teil.

Erfolge:

Die Kinder und Jugendlichen der Einheitsgemeinde Tangerhütte haben sich in verschiedenen Workshops mit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auseinandergesetzt. Sie haben die bestehenden Angebote untersucht und bewertet. Diese Ergebnisse wurden mit Verantwortlichen diskutiert. Neben den Erfolgen aus der Konferenz, konnte bei den Kindern folgende Auswirkungen festgestellt werden:

- ∞ *Selbstwirksamkeitsgefühl:* Kinder und Jugendlichen erlebten, dass sie selbst auch etwas verändern bzw. beeinflussen können.
- ∞ *Soziale Kompetenzen:* In dem gesamten Prozess mussten Sachverhalte (z.B. Beteiligungsmethode (Minecraft oder Photovoice) ausgehandelt werden. Dies förderte die z.B. die Teamfähigkeit.
- ∞ *Rhetorische Fähigkeiten:* durch die Präsentation, lernten sie ihre eigenen Wünsche zu artikulieren und darüber auch diskutieren.

Auf der Ebene der Fachkräfte konnte das Akteurstreffen gegründet werden. Welchen den Fachkräften und ehrenamtlichen eine Vernetzung bietet. Es konnte festgestellt werden, dass die Vernetzung für alle Beteiligten Ressourcen schonend ist (Weitergabe von Informationen, Koordinierung der mobilen Jugendarbeit, Wer macht eigentlich was an welchem Ort?, etc.). Daraus entwickelte sich auch ein Veranstaltungskalender der Jugendarbeit von Tangerhütte. Welcher auf der Homepage der Einheitsgemeinde einsehbar ist und von der mobilen Jugendarbeit gepflegt wird. Damit kamen sie auch einem Wunsch der Kinder und Jugendlichen nach mehr Transparenz der bestehenden Angebote nach, sondern neue Angebote lassen sich nun auch im Vorfeld besser koordinieren.

Nachhaltigkeit:

Es wurde vereinbart, dass es einen regelmäßigen Austausch zwischen Verwaltung und Jugendlichen geben wird, um auch die Interessen der Jugendlichen mit in Entscheidungen des Stadtrates einbeziehen zu können. In welcher Form und zeitlichen Abständen dies geschieht, wird nun erprobt. Die Organisation der Akteurstreffen wurde nach Ende des Projektes von der mobilen Jugendarbeit und dem Jugendclub Tangerhütte übernommen und kann somit weiter durchgeführt werden.

Öffentlichkeitsarbeit:

Informationen über das Projekt wurden auf der Homepage des Vereins veröffentlicht. Regelmäßige Berichte aus dem Projekt und von der Konferenz wurden auf dem facebook-Account des Vereins präsentiert. Zusätzlich wurde in den regionalen Zeitungen über das Projekt berichtet und über die Veranstaltungen informiert.

Anhang

Befragung zur Freizeit von Kindern und Jugendlichen in der EG Tangerhütte

Stand Nov. 2016

52 befragte Kinder und Jugendliche (auf Straßenfesten und Aktionen); 96 Kinder und Jugendlichen im regelm. Austausch

Alterspanne: 5-26 Jahren

Orte: gesamte Einheitsgemeinde Tangerhütte mit Schwerpunkten: Stadt Tangerhütte, Lüderitz/ Schwarzlosen, Grieben und Bittkau

Freizeitgestaltung

Kinder

- Sport weniger organisiert (Fußball, Tanzen, Inline skaten, schwimmen)
- Freizeit bei Großeltern/ Verwandten
- Spielen mit Freunden/ Geschwistern
- Basteln, malen, lesen
- Freizeit im Verein: Fußball, Leichtathletik, Tanz, Angeln, Reiten

Jugendliche

- Mit Freunden treffen
- In der Stadt/ Öffentlichkeit aufhalten
- Jugendclub besuchen
- Freizeit im Verein: Fußball, Leichtathletik, Feuerwehr
- Computer/ Spielekonsole / Internet
- Musik (hören und machen)

Kritik

Informationsaustausch:

- Veranstaltungen werden nicht breit gestreut, nur wenige Jugendliche erfahren davon
- Kinder, Jugendliche kennen viele Angebote nicht (z.B. Sport)

Infrastruktur:

- lange Schulwege lassen wenig Zeit für Freizeit
- ungünstige Busverbindungen macht es schwierig Angebote außerhalb der Ortschaft zu besuchen (Sommer geht's mit dem Rad)
- fehlende Geschäfte → weitere Wege und noch weniger Freizeit
-

Finanzielle Situation:

- Tickets für Bus und Bahn immer teurer
- Angebote zu teuer (Bildung und Teilhabe finanziert nur 10€ im Monat)

Anhang

Vandalismus und Verschmutzung der Spielplätze

- Hundehaufen!
- Kaputte Spielgeräte
- Müll auf den Spielplätzen (wünschen sich mehr Mülleimer)

Jugendliche werden von öffentlichen Orten durch Bürger_innen vertrieben

- Treffen an Bushaltestellen, Bänken nicht möglich → Anwohner schicken sie weg, weil sie zu laut sind
- Immer mehr treffen daheim, um nicht genervt zu werden

Konflikt zwischen Jugendlichen und Erwachsenen

- Vorwurf des fehlenden Engagements auf beiden Seiten (Jugendliche sollen immer mitmachen, aber Erwachsene machen auch nicht immer mit)
- Jugendliche wollen auch einfach mal Zeit für sich haben
- Perspektivlosigkeit- Unsicherheit mit der Zukunft keinen Nerv sich mit der Freizeit zu beschäftigen → Internet als Flucht
- Engagierte Jugendliche versuchen überall dabei zu sein, Strukturen lassen Veränderungen nicht wirklich zu

Wünsche:

Ort für Jugendliche (und Kinder für die Jugendlichen)

- wünschen sich Ort zum ungestört aufhalten
- welchen sie selbst mitgestalten können (z.B. Skaterbahn, ...)
- Sitzmöglichkeiten

Vielfältige Angebote (Jugendliche würden mit organisieren)

- Wünschen sich auch mal ein Konzert oder Jam Session
- Finanzielle Herausforderung

Bessere Fahrverbindung /Busanbindungen

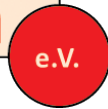
- Bus welchen man nicht anrufen muss (eher Whats app oder Facebook)

Spielplatz am Neustädter Ring in Tangerhütte

Angebote besser zu kennen z.B. um andere Sportarten mal auszuprobieren

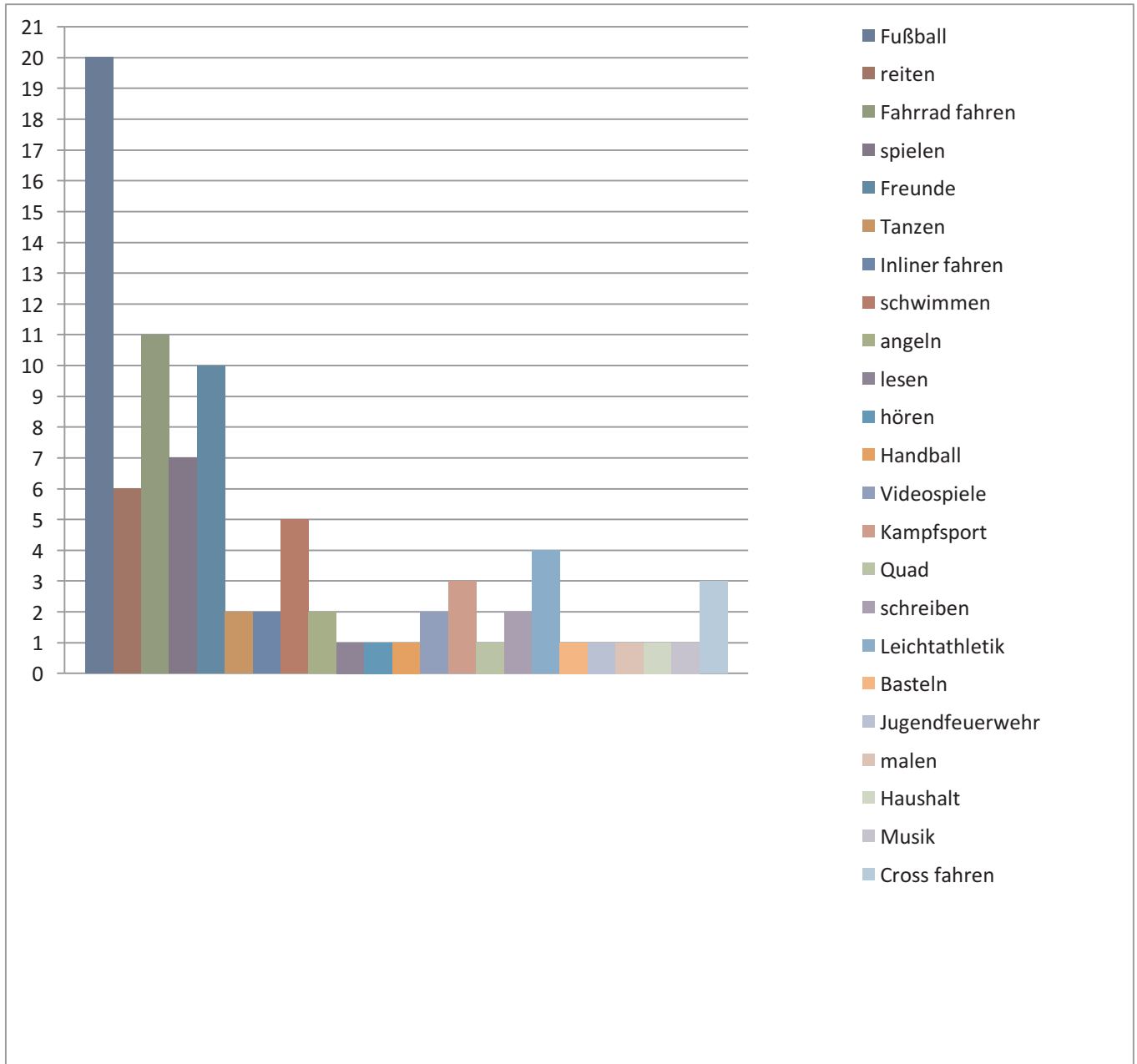
- Besonders Kinder sagten sie wünschen sich etwas auszuprobieren, wenn man fragt warum es nicht geht -> sie wissen nicht wo

weitere Wünsche: Schwimmhalle, mehr Einkaufsmöglichkeiten, leerstehende Räumlichkeiten wiederbeleben

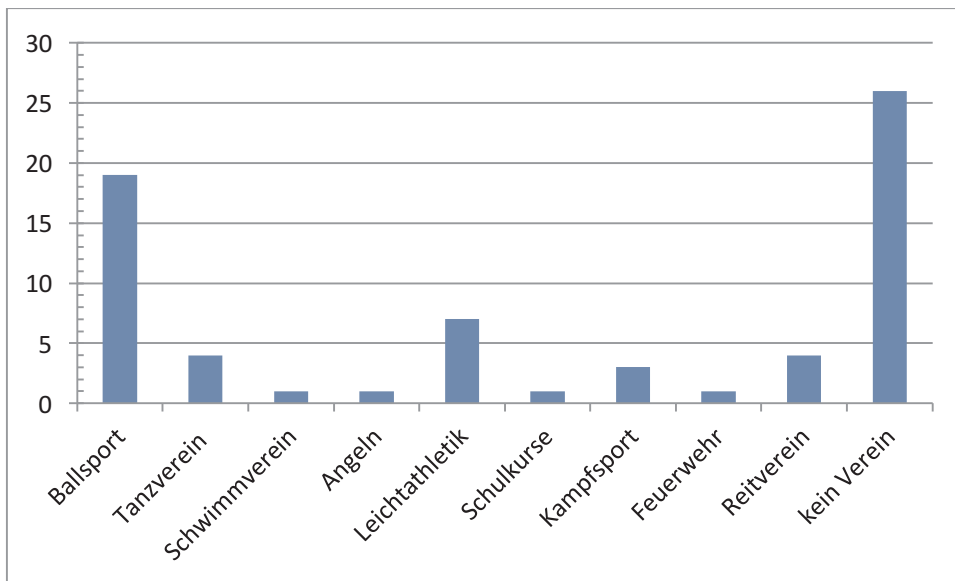


Befragung:

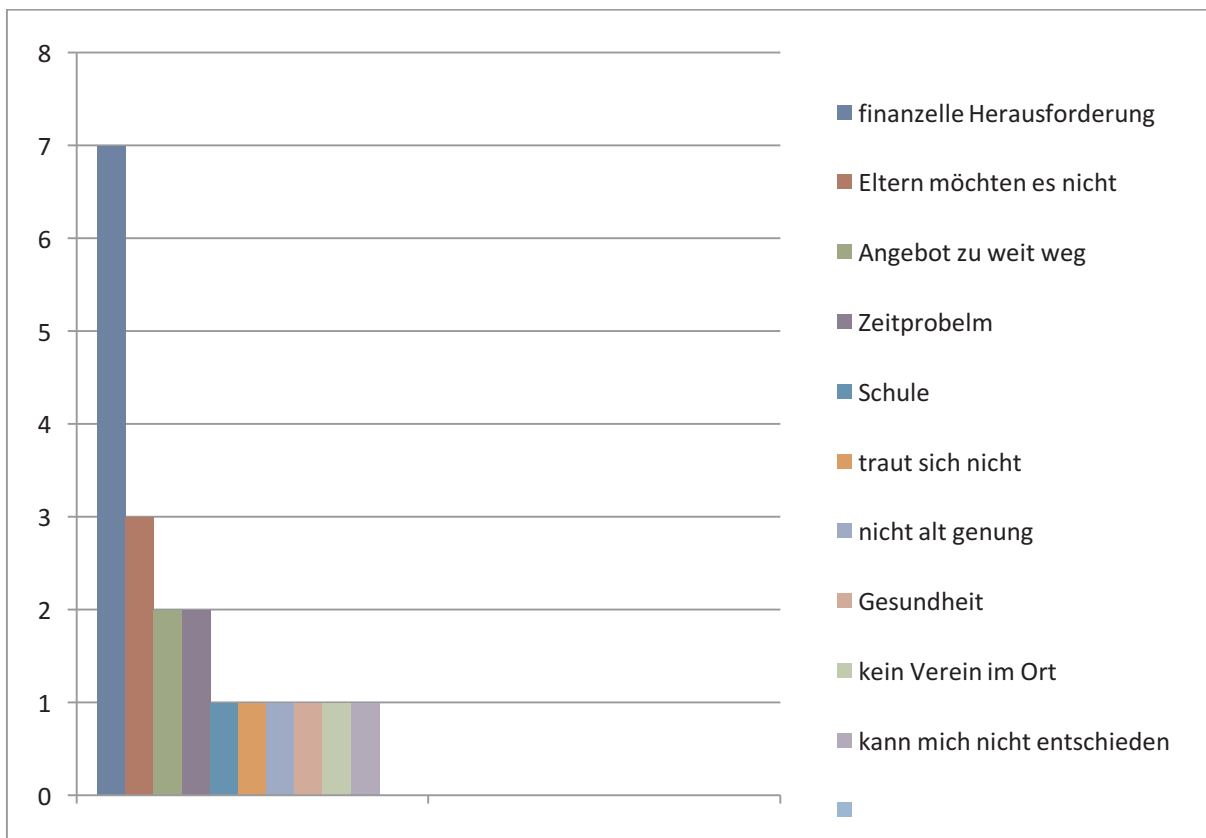
Was macht Ihr in Eurer Freizeit?



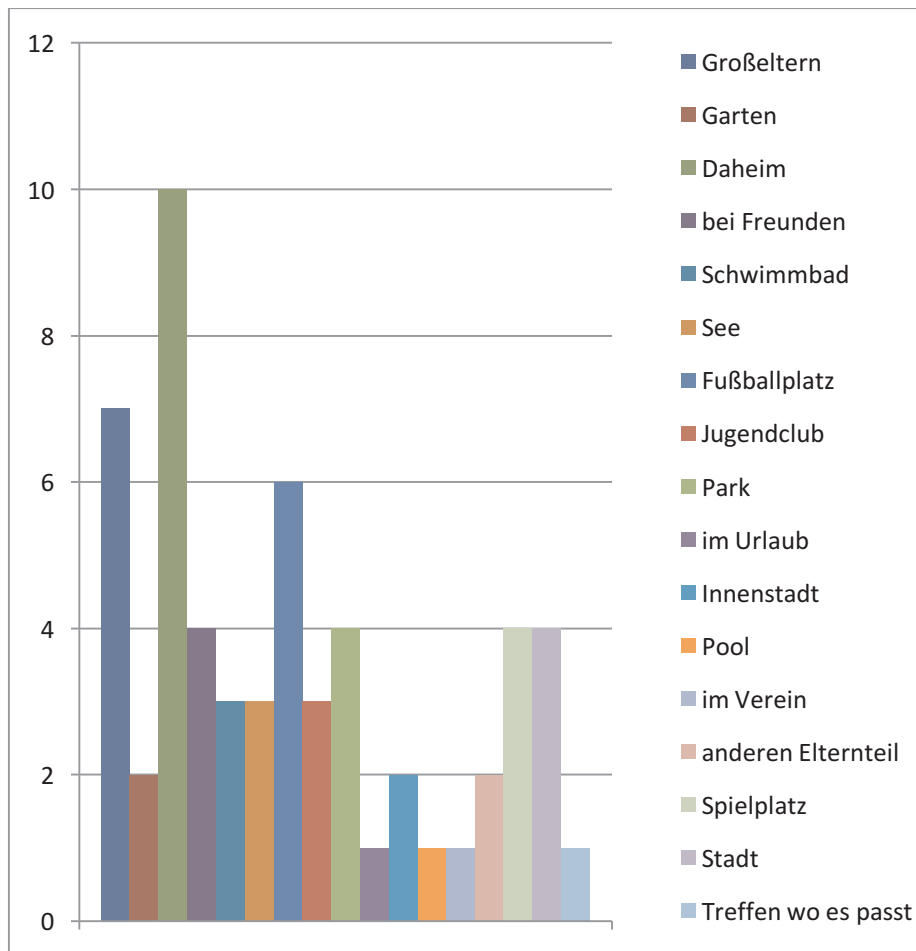
Bist du in einem Verein aktiv?



Warum kannst Du ein Freizeitangebot/ Wunsch nicht wahrnehmen?



An welchen Orten haltet Ihr Euch in Eurer Freizeit auf?



Angebote welche die Kinder und Jugendlichen gern ausprobieren möchten bzw. sich wünschen:

- Eigenes Pferd (2)
- Reiten gehen (4)
- Kino (3)
- Achterbahn (1)
- Fußball spielen (5)
- Karate (1)
- Quadfahren (1)
- Boxen (1)
- Zeit um mit Freunden zu spielen (1)
- Mehr Freizeit/ weniger Schule (2)
- Dodgeball (Völkerball) (1)
- Kampfsport (1)
- Auto fahren (1)
- Mehr Treffpunkte (3)
- Skate Parkour (1)
- Spielplatz für Große (1)
- Platz für Jugendliche, welchen sie selbst mitgestalten und nutzen können (1)
- Angebote für Jugendliche im Kulturhaus (1)
- Mehr Einkaufsmöglichkeiten (1)

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich, die hier vorliegende Bachelorarbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken als solche kenntlich gemacht habe. Die Arbeit habe ich bisher keinem anderen Prüfungsamt in gleicher oder vergleichbarer Form vorgelegt. Sie wurde bisher auch nicht veröffentlicht.

Stendal, der 10.10.2017

Christian Nikolov